

Bezugspreis:

Wöchentlich 20 Pfennig, monatlich 1.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 20 Pfennig, Restzeile 15.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 20 Pfennig

Klassiker für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 20. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Parlament der Totschläger.

Mussolinis Parlamentsbestien schlagen drei Kommunisten nieder. — Der Präsident verwarnt — die Niedergeschlagenen.

Rom, 19. November. (WZB.) In der Kammer erschienen heute nachmittags drei Kommunisten, von denen der eine erklärte, die Haltung der Kammer entspreche nicht den Gefühlen der Mehrheit des Landes.

Die volksparteilichen katholischen Abgeordneten sind entgegen ihrer Ankündigung auch heute der Kammer ferngeblieben, weil die Leitung des Faschismus die Volksparteiler und Demokraten in einem Aufruf für den auf Mussolini geplanten Anschlag verantwortlich gemacht und erklärt hätten, allen faschistischen Abgeordneten freie Hand gegenüber den Angehörigen dieser Parteien zu lassen.

Offizielle Darstellung.

Rom, 19. November. (WZB.) Zu dem Tumult in der Kammer meldet die Agenzia Stefani: Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer erhob der kommunistische Abgeordnete Ruffi Einspruch gegen die getriggen Kundgebungen der Kammer für Mussolini und erklärte, diese Kundgebungen seien eine Fälschung der Meinung des Volkes.

Nach einem Telegramm des römischen Berichterstatters der „Vossischen Zeitung“ ist es Farinacci selbst, also die faschistische rechte Hand von Mussolini, gewesen, der Ruffi mit der Faust auf den Kopf schlug, indem er rief: „Wer den Duce beschimpft, verdient nur das!“

Ruffi versuchte, die Schläge abzuwehren, aber schon waren über 20 Faschisten über das kleine Häuflein der Kommunisten hergefallen, das sie mit Fäusten und Fußstößen behandelten. Dabei wurde der kommunistische Abgeordnete Repossi die Treppe hinuntergestoßen, am Genick gepackt und unter dauernden Prügelein aus dem Saal gehauen.

Der Kabinettsbeschluss für Locarno.

Die Staats- und Ministerpräsidenten für Vertrag und Völkerbund.

Wolff-Bureau teilt mit: Heute vormittag trafen die Staats- und Ministerpräsidenten des Landes mit den Mitgliedern des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichszanlers zu einer gemeinsamen Beratung der außenpolitischen Lage zusammen.

Auf Grund der Aussprachen wird die Reichsregierung nunmehr entsprechend dem vorgestern unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten gefassten Beschlusse den gesetzgebenden Körperschaften, und zwar zunächst dem Reichsrat, den Entwurf eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugehen lassen.

Das Reichskabinetts hat bereits in unmittelbarem Anschluss an die Aussprache der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder dem Gesetzentwurf über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugestimmt.

Die Erleichterungen im Rheinland.

Ab 1. Dezember.

Bln, 19. November. (WZB.) Wie Wolffs Westdeutscher Provinzialdienst erfährt, treten die Abänderungen und Aushebungen von Ordonnanzen der Rheinlandkommission, die in der gestrigen Rundgebung angekündigt wurden, am 1. Dezember in Kraft.

Der Berichterstatter deutet weiter an, daß es sich dabei nicht um einen „Gefühlsausbruch“, sondern um einen sorgfältig vorbereiteten Ueberfall handelt, wie aus einem Rundschreiben des faschistischen Preßbüros hervorgeht.

Einem Telegramm der „Europa-Preß“ zufolge wurde von den faschistischen Abgeordneten u. a. gerufen: „Jetzt kommen die Popolari (Katholiken) an die Reihe!“ Ein eigener Drahtbericht aus Rom besagt ferner, daß der faschistische General Stavaces sich bei dem Ueberfall besonders hervor tat.

Verbot der roten Fahne.

Rom, 19. November. (WZB.) Eine Gesetzesvorlage regelt den Gebrauch der nationalen Fahne in Italien. Die grünweiße Fahne mit blauem Bande muß im weißen Felde das saronische Hauswappen zeigen. Andere Fahnen dürfen nur dann ausgehängt oder getragen werden, wenn die nationale Flagge die erste Stelle einnimmt.

Die Arbeiterkammer von Genua aufgelöst.

Genua, 19. November. (WZB.) Ein Dekret des Präfecten löst die hiesige Arbeiterkammer auf.

Auch der „Corriere della Sera“ muß kapitulieren.

Der Führer der radikalen Faschisten Farinacci hatte am Dienstag in seinem Blatt das Ausschneiden des Senators und Chefredakteurs Albertini aus dem „Corriere della Sera“ oder die Unterdrückung des Blattes gefordert. Er hat jetzt seinen Willen durchgesetzt. Ein Mailänder Telegramm der „Europa-Preß“ besagt:

Der Rücktritt des Senators Albertini und seines Bruders von der Direktion des „Corriere della Sera“ wird jetzt in aller Form bestätigt. Die Leitung des Blattes wird dem Kunstkritiker der Zeitung, Hugo Bojetti, übertragen. Heute hat sich als Vertreter der Gebrüder Crespi, die die Hauptstützen der Zeitung sind, Senator Ricci in die Redaktion des „Corriere della Sera“ begeben und Senator Albertini zur Niederlegung seines Amtes als Verwaltungsratsdelegierter der Gesellschaft aufgefordert mit der Begründung, er habe die Vertragsverpflichtungen nicht eingehalten.

Um Rußlands Handelsmonopol.

Eine grundsätzliche Frage des Volkswirtschafts.

Moskau, 19. November. (Wien-Osteuropa-Dienst.) Die Sowjetregierung hat ein Gesetz ausgearbeitet, das eine Erweiterung der Rechte des Privatkapitals im Innen- und Außenhandel vorsieht. Es sollen dem Privatkapital Zugeständnisse eingeräumt, insbesondere aber soll einigen Firmen erlaubt werden, auf eigene Rechnung Geschäfte unmittelbar mit dem Auslande zu führen.

Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, so wird Rußland einen entscheidenden Schritt vollziehen, der es in die kapitalistische Weltwirtschaft wieder einschleiert. Die Auswirkungen eines solchen Schritts müßten von großer Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft werden.

Ein solcher Schritt ist aber auch von großer grundsätzlicher Bedeutung für den Volkswirtschafts. Das Außenhandelsmonopol ist eines der letzten Reste des ursprünglichen bolschewistischen Systems. Die Abkehr davon bedeutet die Preisgabe der Aufrechterhaltung des bolschewistischen Wirtschaftssystems.

Die Wendung zum freien Außenhandel müßte als Zeichen dafür genommen werden, daß Rußland seine gesamte Außenpolitik neu orientieren will.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Italien. Er erklärte sich ferner einverstanden mit einem Gesetzentwurf über ein vorläufiges Zollabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz bzw. zwischen Deutschland und Oesterreich.

Der Zeuge Admiral Scheer.

Von Ph. Scheidemann.

Im Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig ist soeben ein Buch des Admirals Scheer herausgegeben, das den irreführenden Titel trägt: „Vom Segelschiff zum U-Boot“. Der Titel erweckt den Anschein, als handle es sich um ein Buch, das die Entwicklung der Marine schildert.

Scheer hat gewiß nicht die Absicht gehabt, das im November 1918 zusammengebrochene System in Grund und Boden zu verurteilen, und doch ist sein Buch nur ein neuer Beleg für die Kurzsichtigkeit, um nicht zu sagen Berrudtheit des wilhelminischen Systems.

Nicht dem deutschen Volke ist der Vorwurf zu machen, es habe die See nicht verstanden, sondern den leitenden Männern, denen die Verantwortung oblag, in diesem gewaltigen Ringen Deutschland nicht unterliegen zu lassen, die sich der Waffe, die Tirpitz geschaffen, nicht zu bedienen getrauten und den Mann, der den Mut dazu hatte, auszuschalten verstanden.

Obwohl Scheer feststellt, wie trostlos von vornherein „oben“ alles gewesen ist, weist er den Pessimismus, den viele sehr frühzeitig gehabt haben wollen, zurück. „Ihnen gegenüber bekenne ich gern meinen Optimismus, den ich bis zum Ausbruch der Revolution behalten habe, und bestreite jenen die kluge Voraussicht. Denn bis zum letzten Kriegsmomente blieb es ungewiß, auf welche Seite sich die Wagschale mit Sieg oder Niederlage neigen würde.“

Für einen Admiral ist es ein wirklich starkes Stück, wenn er es noch im Oktober 1918 für möglich gehalten hat, daß Deutschland siegen könne. Schon im September hatten ja die Heerführer Hindenburg und Ludendorff nach Berlin telegraphiert, daß sofort um Frieden und Waffenstillstand gebeten werden müsse!

Scheer scheint von alledem nichts zu wissen. Es sei nur daran erinnert, daß nach allen vorausgegangenen Bitttelegrammen der Obersten Heeresleitung um Frieden und Waffenstillstand, denen der Reichszanler Prinz Max von Baden sich widersetzte, Ludendorff am 1. Oktober den Wirkl. Leg.-Rat von Grünau, der dem Kaiser als Vertreter des auswärtigen Amtes beigegeben war, dringend gebeten hat, auf das auswärtige Amt dahin zu wirken, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.

Grünau, der diese Äußerung telegraphisch sofort nach Berlin weitergab, fügte hinzu: „Ich habe den Eindruck, daß man hier (im Großen Hauptquartier) völlig die Nerven verloren hat.“ Die Reichsregierung behielt die Nerven und erludte das Große Hauptquartier um nähere Auskünfte. Darauf telegraphierten Hindenburg-Ludendorff am 3. Oktober 1918:

„Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruches der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden auszuwingen.“

Herr Scheer, wie wird Ihnen? Sie hielten doch immer noch den Sieg Ende Oktober für möglich? Oder sagen Sie das jetzt nur, um Ihre Befehle zum Auslaufen der Flotte, die den Widerstand der Marinesoldaten provozierte, nach Möglichkeit zu rechtfertigen? Recht haben Sie gewiß mit der Bemerkung, daß die Truppe verlagen muß, so daß die Führer schwanken. „Schwankte“ denn Ludendorff im September 1918 noch? Keineswegs, er lag schon vollkommen um!

Als Scheer im Februar 1916 seine Ernennung zum Chef der Hochseestreitkräfte erhalten hatte, wollte er sofort bekunden,

daß es nunmehr mit der Passivität vorbei sei, deshalb berief er als Chef des Stabes den Kapitän von Trotha und als Chef der Operationsleitung den Kapitän von Levegow — die drei Münchener Sachverständigen des Professors Czjzmann für den Dolchstoß: Scheer, v. Trotha, v. Levegow!

Daß Scheer mit berechtigtem Stolz von der siegreichen Schlacht im Stagerack spricht, ist verständlich, daß er aber an vielen Stellen die Bedeutung der Flotte erheblich überschätzt, ist deshalb unverständlich, weil er selbst einmal zugestehet: „Englands Seemacht aber so niederzukämpfen, daß unser Seehandel wieder aufgenommen und der britische durch unsere Kreuzer empfindlich geschädigt werden konnte, das zu erreichen wäre doch über unsere Kraft gegangen.“

In einer Eingabe an den Kaiser nach der Stagerack-Schlacht schrieb er, daß die Hochseeflotte Mitte August zu neuem Schlage bereit sein werde:

„Bei günstigem Verlauf der dann einsetzenden Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird. Die Nachteile unserer militärgeschichtlichen Lage gegenüber der des Inselreiches und die große materielle Uebermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreiches selber Herr werden, auch nicht, wenn die Unterseeboote für militärische Zwecke voll verfügbar sind...“

Ein siegreiches Ende des Krieges in absehbarer Zeit könne nur durch Niederzwingen des englischen Wirtschaftslebens erreicht werden, also durch Ansehen des Unterseebootes gegen den englischen Handel. Daß der später beschlossene wirklich rücksichtslose U-Boot-Krieg das englische Wirtschaftsleben nicht lahmgelegt hat, kann dem Admiral Scheer doch nicht ein Geheimnis geblieben sein. Aber trotz alledem glaubte er im letzten Kriegsmonat noch an einen Sieg? Merkwürdig, sehr merkwürdig!

Des Raummanngels wegen muß hier auf Anführung weiterer Einzelheiten verzichtet werden. Folgende Tatsache sei noch angeführt: Als nach Ludendorffs Bittetelegrammen um Waffenstillstand der U-Boot-Krieg selbstverständlich eingestellt worden war, wollte Scheer noch einen großen Schlag zur See führen, obwohl er, wie bereits angeführt, genau wußte, daß England dadurch nicht unterzutrügen war. Er gab folgenden Befehl: „Hochseestreitkräfte sollen zum Angriff und Schlagen gegen englische Flotte angeordnet werden“. Er berichtet in seinem Buch weiter:

„Die Absicht des Flottenunternehmens war, mit zwei Kreuzerguppen und Torpedobooten gleichzeitig die flandrische Küste und die Rheinmündung anzugreifen. Das Gros der Flotte sollte ihnen folgen.“

Am 28. Oktober — vier Wochen nach den verzweifelten Bitten Ludendorffs —, sozusagen in der letzten Stunde des Krieges, wollte Scheer die Hochseeflotte auslaufen lassen! Mit diesem Befehl provozierte er die Matrosen zur Meuterei. Der Kessel explodierte: die Funken sprangen von Kiel über nach Hamburg, München, Berlin...

Jahrelang ist bestritten worden, daß die Absicht bestanden hätte, Flotte und Mannschaften in letzter Minute noch zwecklos zu opfern. Jetzt stellt Scheer selbst fest, daß die von den Matrosen angegebenen Gründe für ihren Widerstand der Wahrheit entsprechen haben. Am Schluß seines Buches sagt er: „Ich selbst habe mir noch lange Zeit Gedanken darüber gemacht, wie es wohl gekommen wäre, wenn ich den Befehl zum Einsetzen der Flotte unterlassen hätte. Aber ich fühle mein Gewissen frei...“

Wenn Scheer den Befehl nicht gegeben hätte, wäre die Meuterei der Matrosen im Großen unterblieben. Kein Mensch kann sagen, wie die Dinge dann gelaufen wären. Scheer ist anderer Meinung, denn trotz seiner erwähnten Eingabe an den Kaiser versichert er auch zum Schluß noch einmal: „Die

Flotte konnte die Entscheidung zu unseren Gunsten bringen.“ Noch am 28. Oktober 1918! Herr Scheer mutet seinen Lesern allerlei zu!

Beiträge zur Klassenjustiz.

Republikanische Beamte vogelfrei. — Völkische Geheimbündler läßt man laufen.

Der Hallenser Stahlhelmführer Düsterberg hatte vor einiger Zeit die Frechheit, sich mit einer Depesche an die Reichsregierung zu wenden, in der er den preußischen Innenminister Severing, den Regierungspräsidenten des Bezirks Merseburg, Grühner, und den Oberpräsidenten Hörning, alles Sozialdemokraten und Beamte, die es mit ihrem Dienst an der Republik ernst meinen, für eine Reihe Bluttaten verantwortlich machte, die an Stahlhelmläuten begangen worden sein sollten. Er rief den Schutz des Reichspräsidenten an, „damit nicht in Deutschland alle Frontsoldaten hingerichtet und schwer verletzt werden können, nur weil sie treu blieben und keine Lumpen wurden.“

Die Untersuchung ergab, daß zu der schon der äußeren Aufmachung nach beleidigenden Beschwerde nicht der geringste Anlaß vorlag. Das unverantwortliche Vorgehen Düsterbergs erregte selbst in rechtsgerichteten, dem Stahlhelm wohlgesinnten Kreisen Aergernis und Empörung. Die „Tägliche Rundschau“ schrieb damals:

„In jedem Falle aber erscheint es besonders bedauerlich, wenn die Sache, deren Ideen wir gern unsere Sympathie zuwenden möchten, sich durch blinde Leidenschaftlichkeit ins Unrecht setzt und statt — besonders in der Jugend und in der Masse — echte Hingabe und Begeisterung für das Vaterland zugleich mit der Achtung vor Gesetz und Ordnung zu pflegen, den inneren Unfrieden schürt und die strenge Wahrheitsliebe außer acht setzt. Daraus kann nichts Gutes erblühen und dem Vaterland kein Heil erwachsen.“

Die Richter dagegen denken anders über den Fall. Eine Beleidigungsklage des Regierungspräsidenten Grühner wurde, wie M. meldet, abgewiesen, „da in der Klage keine Beleidigung (!) erblickt und Oberstleutnant Düsterberg die Wahrung berechtigter Interessen (!) zugebilligt wurde.“

Was soll man dazu sagen? Wirft man den Richtern Klassenjustiz vor, dann fühlen sie sich beleidigt. Ist es ihnen angenehmer, den Vorwurf der Rechtsabotage gegen republikanische Beamte zu hören?

Dem Polizeipräsidenten von Königsberg ist es vor einigen Tagen gelungen, auf ostpreussischen Gütern ein Nest von 20 rechtsradikalen bewaffneten Geheimbündlern auszuheben. Die Untersuchung ergab, daß es sich nicht nur um eine regelrechte Militärorganisation, sondern auch um vorbestrafte schwere Jungen handelt, nach denen zum Teil wegen Spionage gefahndet wird. Ein Haftbefehl aus Hamburg liegt vor. Der Amtsrichter von Alkenstein setzt sich über alle diese Tatsachen hinweg — er gibt den Putzbrüdern bedenkenlos die Freiheit wieder!

Klassenjustiz? Grevesmühlen gibt die Antwort!

Ein Willkürakt.

Der Wahlleiter der Provinz Brandenburg als Helfershelfer der Rechtsparteien.

Aus dem Bureau des Brandenburger Bezirksverbandes unserer Partei wird uns geschrieben:

Vom Provinzialausschuß der Provinz Brandenburg ist der erste Landesrat Geheimrat Gerhardt zum Provinzialwahlleiter ernannt worden. Nach § 2 Abs. 2 der Provinzialwahlordnung hat er die Aufgabe, die Stimmzettel für die Wahlhandlung amtlich herzustellen zu lassen. Da die WPD nichts Genaueres darüber bestimmt, ob der Wahlausschuß oder der Provinzialwahlleiter die Reihen-

folge der Parteien auf dem amtlichen Stimmzettel festsetzt, so hat in diesem Fall der Provinzialleiter es getan. Rahgebend hierfür ist der § 55 Abs. 2 der WPD.

In der Provinz Brandenburg sind von 18 verschiedenen Parteien gültige Wahlvorschlüge eingereicht worden. Unter diesen 18 Wahlvorschlügen sind nicht weniger als 10, die im alten Provinzialtag nicht vertreten waren. Alle möglichen Gruppen und Grüppchen glauben sich um die Wählerstimmen bewerben zu müssen. Da der § 55 Abs. 2 der WPD. wörtlich bestimmt: „Dabei erhalten die Wahlvorschlüge solcher Parteien oder Vereinigungen, die im bisherigen Provinzialtag vertreten waren, die Nummer 1 und folgende nach der Reihenfolge der Fraktionsstärke, bei gleicher Fraktionsstärke nach dem Alphabet. Die übrigen Wahlvorschlüge (d. h. die im alten Provinzialtag keine Vertretung hatten, D. R.) erhalten die anschließenden Nummern nach dem Alphabet.“ wäre für jeden logisch Denkenden klar, daß aus dieser klaren Anweisung der WPD. zu folgern ist, daß die 10 neuen Wahlvorschlüge hinter den alten Parteien zu arrangieren sind. Herr Geheimrat Gerhardt hat es anders bestimmt. Kein willkürlich, ohne Rücksicht auf die Stärke der alten Fraktionen, ist der amtliche Stimmzettel von ihm festgestellt worden.

Wie ist hier der Tatbestand? Bei der Wahl am 20. Februar 1921 gingen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes und Bürgerliche Vereinigung selbständig mit eigenen Wahlvorschlügen vor. Nach der Wahl schlossen sich diese fünf Parteien zur „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ zusammen. Zur diesmaligen Wahl am 29. November tritt nun die Fraktion „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ nicht etwa als selbständige Partei in den Wahlkampf ein.

Jede Partei mit Ausnahme der Bürgerlichen Vereinigung, die ganz verschwunden ist, hat ihren eigenen Wahlvorschlüge eingereicht. Durch diese Tatsache hat die Fraktion „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ aufgehört zu existieren. Auf Grund des § 51 der WPD. sind die alten Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit Ausnahme der verschwundenen Bürgerlichen Vereinigung und der Zentrumspartei eine Listenverbindung zur Sammlung der Reststimmen eingegangen. Zu diesen verbleibenden alten Parteien traten neu hinzu: Deutschvölkische Freiheitspartei, Nationalliberaler Provinzialverband der Mark Brandenburg, Bürgerblock, Gemeindefortschritt, Wahlvereinigung Stadt und Land, Wirtschaftsbund Ostpreußen. Als gemeinsames Gruppenwort wurde die Bezeichnung „Bürgerliche Vereinigung“ gewählt.

Jetzt unternimmt der Provinzialwahlleiter Geheimrat Gerhardt die fähne und gewagte Konstruktion: die verbliebenen alten Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft plus neue, im Provinzialtag noch nie vertreten gewesenen Parteien = alte Fraktion „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“. Die Folge dieser fälschlichen Konstruktion und offensichtlichen Verletzung der WPD. ist, daß die neun Parteien der Listenverbindung ohne Rücksicht darauf, ob sie im alten Provinzialtag vertreten waren oder nicht, auf dem amtlichen Stimmzettel die Nummern 1—9 erhalten, während die Sozialdemokratische Partei die Nummer 10 erhält, obwohl sie den Rechtsanspruch auf Nummer 1 hat. Es scheint dem Provinzialwahlleiter gar nicht aufgefallen zu sein, daß das Zentrum der Listenverbindung „Bürgerliche Vereinigung“ nicht beigetreten ist, sondern mit der Demokratischen Partei unter dem Gruppenwort „Block der Mitte“ den Kampf gegen die Bürgerliche Vereinigung führt. Wie soll diese Bürgerliche Vereinigung identisch sein mit der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des alten Provinzialtages, wenn eine Partei ausbricht und den Kampf dagegen führt? Die Frage wird Herr Gerhardt nicht beantworten können.

Fest steht die Tatsache, daß Listenverbindungen verschiedener Parteien unter einem Gruppenwort die Parteiennummern und somit die Parteien nicht verschwinden lassen. Sie können es, müssen es aber nicht, sich im neuen Provinzialtag als eine Fraktion zusammenschließen. Hieraus geht hervor, daß wir keinen Wahlvorschlüge „Bürgerliche Vereinigung“, sondern Partei-Wahlvorschlüge wie Volkspartei, Deutschnationale, Deutschvölkische usw. haben. Ist dem aber so, und die WPD. bestimmt dies ganz eindeutig, dann liegt hier eine offene Befehlverletzung durch den Provinzialwahlleiter vor.

Städtische Kunstpflege.

Der Berliner Oberbürgermeister Böhm hatte gestern mittig eine Anzahl Vertreter der Presse und Kunsterschaft zu einer Aussprache über die Kunstpolitik der Stadt Berlin ins Rathaus geladen. In einleitender Rede führte er aus, daß der Kunstfonds der Stadt einschließlich der Vororte früher 100 000 M. pro Jahr betragen habe. Dieser Fonds ist seit der Schaffung der Einheitsgemeinde erhöht worden und stellt sich für das laufende Etatsjahr auf 300 000 M. Außerdem sind im vorigen Jahre 200 000 M. zu einer einmaligen Unterstützungaktion für notleidende Künstler zur Verfügung gestellt worden. Von dieser Summe wurden Werke angekauft, bei denen man weniger auf die künstlerische Qualität als auf die Bedürftigkeit der betreffenden Künstler gesehen habe. Der Klage, daß die Defizientlichkeit von den angekauften Arbeiten so gut wie nichts zu Gesicht bekäme, soll in Zukunft durch die Gründung einer städtischen Galerie abgeholfen werden, in der alle Ankaufe der Stadt Berlin vereinigt werden. Das Ermeler-Haus in der Breiten Straße ist für diesen Zweck in Aussicht genommen. Die Kunstdeputation besteht aus 32 Mitgliedern, aus denen einzelne Ankaufsausschüsse von drei bis fünf Personen gebildet werden, die in Zukunft Künstler und kunstsinigende Bürger zu ihren Beratungen zuziehen wollen. Zum Beweis dafür, daß die Stadt in ihrer Kunstpolitik einen „neuen“ Kurs eingeschlagen habe, nannte der Oberbürgermeister einige Namen von Künstlern, deren Arbeiten angekauft worden seien: Bauschke, Corinich, Dettmann, Otto Engel, Hübner, Max Koch, Kolbe, Kruse, Bonghammer, Hans Reid, Schlichting, Vesper Urs, Rille, Meyerheim, Federer, Lewin-Funte u. a. Uebrigens habe sich die Finanzlage der Stadt Berlin seit 1924 wesentlich verschlechtert, indem der Verwaltung durch die Befehlgebung bisherige Einnahmequellen verschlossen und höhere Ausgaben aufzuerlegt worden seien. Auch verlange die Städtische Oper erhebliche Zuschüsse.

In der Diskussion, an der sich namentlich Paul Westheim und Dr. Max Osborn mit längeren Ausführungen beteiligten, wurde vor allem die Notwendigkeit einer strengen Trennung der Erwerbslosenunterstützung und der eigentlichen Kunstpflege betont. Die notleidenden Künstler sollen ihre Unterhaltungen, wie jeder andere Erwerbslose, in barem Gelde erhalten. Die Ankaufe der Stadt dürften von persönlichen Rücksichten nicht beeinflusst werden; nur erstklassige Kunstwerke seien zu erwerben. Was jetzt angekauft werde, sei zum großen Teil minderwertig. Die meisten der auf den öffentlichen Plätzen der Stadt aufgestellten plastischen Werke könne man ohne Uebertreibung als Attentate gegen den guten Geschmack bezeichnen. Auch auf dem Gebiet der städtischen Baupolitik sei schwer gefündigt worden und namentlich die der modernen Richtung angehörenden Architekten beklagten sich über baupolitische Schikanen. Der Plan- und Zielfeststellung der städtischen Kunstpflege sei am wirksamsten dadurch abzuhelfen, daß ein einzelner, etwa ein städtischer Kunstwart eingesetzt werde, der die gesamte zeitgenössische Kunstentwicklung zu übersehen vermag und großzügige Pläne ausarbeitet, die vom Geist einer produktiven Kunstpolitik erfüllt sind. Er müsse die Auswahl der anzukaufenden Kunstwerke provisorisch treffen, sie dann der endgültig entscheidenden Deputation vorführen und seine Wahl im

einzelnen verteidigen. Nur durch eine grundlegende Aenderung der ganzen Organisation könne die Berliner Kunstpflege fruchtbarer gestaltet werden.

Der Oberbürgermeister sagte zu, daß die Unterhaltungen an erwerbslosen Künstler in Zukunft nur noch in barem Gelde geleistet werden sollen. Einen Stadtkunstwart könne man aus eigener Macht nicht einsetzen, da dazu eine Aenderung der Gesetzgebung erforderlich sei. Die Verantwortung für die städtischen Bauten müsse die Stadtverwaltung übernehmen, da ihr erst seit kurzer Zeit die Baupolitik als Auftrag vom Staate überwiesen worden sei.

Die Teilnehmer der Konferenz gewannen im allgemeinen den Eindruck, daß der Berliner Oberbürgermeister zwar die besten Absichten habe, daß er aber — das bewies vor allem die Aufzählung der seiner Meinung nach einen „neuen Kurs“ verleitenden Künstlernamen — den Kunstdingen recht fern stehe. Daß die heutige Organisation der Berliner städtischen Kunstpflege den ihr obliegenden Aufgaben in keiner Weise gemessen ist, hat sie zur Genüge bewiesen. Die Einsetzung eines Stadtkunstwarts könnte Besserung schaffen, vorausgesetzt, daß der rechte Mann für das Amt gefunden wird. Wir wünschen, daß wir keine allzu großen Hoffnungen hegen.

Der Blinde und der Krüppel.

Auf einem Spaziergang stand an einem Wege ein Mann auf den Knien. Ein Krüppel, dem die Unterextremitäten fehlten. Er hatte vor sich eine Schachtel mit Streichhölzern stehen. Manche Leute gaben ein Almosen und nahmen eine Schachtel dafür, andere wieder gaben das Geld, ohne eine Streichholzschachtel zu verlangen, wieder andere, und das war der größte Teil, gaben nichts. Das kann ja jeder machen, wie er will.

Ich setzte mich dem Manne gegenüber auf eine Bank, denn es interessierte mich, wieviel geben und wieviel nicht, wie die aussahen, die etwas schenkten, und wie die anderen in die Welt guckten. Aber ich konnte zu keiner Nummer kommen. Eine feine Dame, die nächste nicht, ein Herr im Zylinder nahm für seinen Groschen zwei Schachtel Streichhölzer, ein Arbeiter, ein kleiner Junge, eine alle armlieh gekleidete Frau schenkten mit freundlicher Miene, ein Schutzmann kontrollierte irgendeinen Lappen von Legitimation und notierte sich was.

Die Dämmerung kam und der Mann ohne Beine rüstete sich zum Aufbruch. Er nahm seine Schachtel unter den Arm, drückte den Fuß auf den Kopf und humpelte davon. Da stand aber dreihalf Schritte von ihm die Kontur eines blinden Mannes. Der hatte auch Streichhölzer zu verkaufen. Er lehnte an einem Baum und blähte starr geradaus. Als aber der Krüppel an dem Blinden vorbeiging, da blieb er stehen, sah in die Tasche und gab dem Blinden einen Groschen. Einen Augenblick schwankte er dann und besann sich, nahm aber dann eine Streichholzschachtel aus des Blinden Ristchen und verließ sie seinem Vorrat ein. Dann humpelte er weiter.

Möge ihm diese Streichholzschachtel recht viel Glück bringen!
Ulrich Kamen.

Ein Gemälde von Pesne in der Hedwigskirche entdeckt. Antoine Pesne, der große Meister des Rokoko, ist uns durch die meisterhaften Bildnisse bekannt, die er am preussischen Hofe unter Friedrich

Wilhelm I. und Friedrich II. schuf, und durch die Decken- und Wandgemälde, mit denen er die Schlösser von Rheinsberg, Charlottenburg, Potsdam und Sanssouci schmückte. Er ist aber auch ein religiöser Maler gewesen, und die Krone dieses Schaffens war die „Geburt Christi“ in der Berliner Hedwigskirche, ein Werk, das ein Jahrhundert lang verschollen war und erst jetzt durch Karl Waller wieder entdeckt worden ist. Der glückliche Finder beschreibt die abenteuerliche Geschichte dieser Entdeckung in einem Aufsatze des von Adolph Donath herausgegebenen „Kunstwanderers“. Ihm fiel auf, daß in alten Inventaren als das schönste Bild der Hedwigskirche die Geburt Christi von Pesne angegeben war, die sich auf dem Seitenaltar rechter Hand befinden sollte. Aber dort ist das Gemälde längst nicht mehr, und so mußte man weiter suchen. Da gab eine Bemerkung Hornmanns einen weiteren Fingerzeig. Dieser erwähnt nämlich in seiner Geschichte der Architektur Berlins, daß im Bodenraum der Kirche ältere und neuere Bilder untergebracht seien, darunter auch ein ehemaliges Altarbild von Pesne. Waller ging dieser Spur nach. „Man drang ich auf den Kirchenboden“, erzählt er, „wahrscheinlich als erster seit gut hundert Jahren, um das Bild zu suchen. Ich fand es endlich unter neun anderen staubbedeckten Bildern auf einem hohen, schmalen, in den Boden hineinragenden Ausbau des Chores, wo ich in fast lebensgefährlicher Stellung herumhantierte. Selbst wenn dieses schöne Bild nicht von Pesne gemalt wäre, verdiente es eine Träne, weil man es verbannt hatte. Nun ist dieses Bild unter den Schöpfungen des Meisters oder geradezu bedeutend, nicht nur relativ, sondern auch absolut.“ Daß das schöne Werk wirklich von Pesne ist, zeigt nicht nur der unerkennbare Stil der Malerei, sondern es geht auch aus einer signierten Deckplatte des Meisters hervor, die wahrscheinlich die Vorstufe zu der „Geburt Christi“ bildet; diese dürfte aus dem Jahre 1727 stammen, und in diese Zeit fällt überhaupt das religiöse Schaffen Pesnes, das bisher wenig beachtet war, aber durch die Wiederentdeckung dieses hervorragenden Bildes nun ins helle Licht gerückt wird.

Die neuen „Unsterblichen“. Die Academie française hat die Erbgewählten für drei verstorbene Mitglieder vorgenommen. An Stelle von Maurice Barrès wurde im ersten Wahlgang der Schriftsteller Louis Bertrand, der sich in der Hauptache durch historische Romane bekannt gemacht hat, gewählt. Für den durch den Tod des Grafen d'Haussonville freigewordenen Sitz kandidierte der Graf de la Force, der einige namentlich in der „Revue des deux mondes“ veröffentlichte geschichtliche Aufsätze verfaßt hat. Besonders unfruchtbar war der Sitz von Anatole France. Um ihn bewarben sich der ehemalige Unterrichtsminister George Berard, der Senator Victor Berard und der Dichter und Schriftsteller Paul Valéry. Im vierten Wahlgang wurde Valéry mit 17 Stimmen gewählt. Er hat seine Laufbahn als Redakteur der „Agence Havas“ begonnen, wurde dann Mitarbeiter des „Mercury de France“ und später der „Revue de France“ und hat seitdem literarhistorische Studien sowie eine Anzahl Bände Gedichte verfaßt.

Staatsoper. Am Opernhaus wird am Montag, den 27. d. Mts., nicht „Butterfly“, sondern als erster Abend des „Ring des Nibelungen“ die „Walküre“ gegeben. Anfang 6 1/2 Uhr.

Die preussischen Staatskredite.

Landtagsdebatte über den Fall Giesches Erben.

Der Landtag genehmigte gestern eine Reihe von Anträgen des Ostausschusses, die eine schleunige Bereitstellung erhöhter Mittel zur Behebung der Wohnungsnot in den östlichen Grenzgebieten verlangen. Dann wird die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff gibt Auskunft über die Frage der Stundung des Kredits für die Landwirtschaft, wofür 120 Millionen zur Verfügung gestellt sind. Besonders sei die Stundung für Ostpreußen, Oberschlesien und den Regierungsbezirk Kassel in weitgehendem Maße bewilligt worden, weil dort die Landwirtschaft besonders gelitten habe. Für die Mittelstandskredite seien 22 Millionen vom Reich und dieselbe Summe von Preußen zur Verfügung gestellt worden. Die Kredite müßten aber möglichst im Laufe des nächsten Jahres abgetragen werden. Der Minister äußert sich auch über die staatliche Beihilfe zum Reederkredit, der den Interessen des Schiffbaues dient; besonders müsse die Ballanwerft erhalten werden. Die Kredite für den Stinnes-Konzern seien bereits an die Staatsbank zurückgezahlt worden. — Ausführlich geht der Minister dann auf

die Angelegenheit der Bergwerksbeihilfen von Giesches Erben in Schlesien ein. Es sei zwischen der Giesche-Gesellschaft und der Preußag ein Vertrag in Aussicht genommen worden, der auch genehmigt worden wäre, wenn nicht von Seiten des amerikanischen Harriman-Konzerns ein Angebot gemacht worden wäre, das zwar günstiger erschien, tatsächlich aber schwere Nachteile für die deutsche Wirtschaft und die Giesche-Gesellschaft brachte. Die Staatsbank hatte 15 Millionen zur Verfügung gestellt und die Preußag einen Vertrag angeboten, der die Möglichkeit bot, wertvollen deutschen Erzfelderbesitz anzubieten.

Was der Gesellschaft zum Vorwurf gemacht wird, ist, daß sie den Vertrag mit den Amerikanern abgeschlossen hat, nach dem der ganze Erzgewinn aus dem deutschen Besitz an die amerikanische Gesellschaft abgeliefert werden muß.

Das Staatsministerium hat aber die Möglichkeit, die Genehmigung dieses Vertrages mit den Amerikanern zu verhindern. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft bemüht sein, zu verhindern, daß ein Vertrag zustande kommt, der für die deutsche Wirtschaft eine schwere Schädigung bedeutet. (Beifall.) Die Giesche-Gesellschaft hat die Interessen der deutschen Wirtschaft außer Acht gelassen. Der Minister äußert sich ferner über die Beteiligung des Staates an der Siemens-Elektrizitäts-Betriebsgesellschaft, die erfolgt sei, um zu verhindern, daß die Elektrizitätsversorgung allein den großen Konzernen überlassen bleibt und um einer Monopolstellung entgegenzuarbeiten. — Was die Bestrebung hinsichtlich der Vereinfachung der Verwaltung angeht, so würde es sich empfehlen, erst den Versuch bei einer Verwaltung zu erproben. Was die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze bei den Beamten angeht, so habe das Reich erklärt, daß es nicht daran denke, kurzzeitig die Altersgrenze herabzusetzen. Preußen könne nicht einseitig vorgehen. Bei der endgültigen Erledigung der Gewerbesteuer müßte dafür gesorgt werden, daß auch die Gewerbesteuer durch die Reichsfinanzverwaltung mitverwaltet wird. Es schwebten mit der Reichsregierung noch Verhandlungen über die Frage, wie die Wirkung der Selbstverwaltungskörper hierbei gewährleistet werden könne.

Abg. Fries (Soz.)

wünscht, daß die Verwaltungs- und Personalreform sofort in Angriff genommen wird. Die Zahl der Gehaltsgruppen sei zu beschränken, und die unterste Gruppe müßte mindestens das Existenzminimum erhalten. Vom Wohnungsgeldzuschuß sei abzusehen und

ein Ortszuschlag einzuführen. Das Herr Ebersbach vorgeschlagen habe, erinnere er sich an die Theorien des Herrn v. Schlieffen, des schlimmsten Feindes der Beamenschaft, der mit den Steuern, mit der Aufwertung usw. Versprechungen gemacht hat, die sich nachher samt und sonders als Schwindel erwiesen hätten. (Große Unruhe rechts.) Dagegen habe Herr v. Schlieffen im Verein mit Herrn Luther der Ruhrindustrie 700 Millionen und der Landwirtschaft 800 Millionen geschenkt, zum Teil allerdings in Krediten, die aber wohl als verloren anzusehen seien. (Wärmender Widerspruch rechts.)

Abg. Ebersbach (Dnat.) betont, daß die Auseinandersetzung mit dem Hohenzollern-Hause für die Deutschnationalen eine reine Rechtsfrage sei und bleibe, die nicht durch ein Reichsgesetz, sondern nur durch einen Vertragsabschluss gelöst werden könne.

Abg. Jacoby-Kassau (Z.) anerkennt die der Landwirtschaft gewährte Kredithilfe. Die Rückzahlungstermine sollten aber der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft mehr angepaßt werden. Der 16. Februar sei als einer dieser Termine durchaus ungeeignet, weil gerade in dieser Zeit die Landwirte größere Geldmittel in ihre Betriebe stecken müßten. Der August oder September wäre an Stelle des Februars für die Rückzahlungen vorzuziehen. Bei Besprechung der Verwaltungsumfassen bezeichnet der Redner den Zustand als

unmöglich, daß 80 Proz. der Einnahmen für Verwaltungskosten drausgingen.

Zugegeben werden müsse, daß die Beamten der unteren Befoldungsgruppen zu wenig zum Leben und zum Sterben bekommen; aber in den höheren Beamtengruppen sei ein Abbau durchaus angebracht.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) erklärt, eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengelder werde sich nicht umgehen lassen, falls kein wesentlicher Preisabbau erfolge. Seine Partei beantrage auch, endlich alle Bedenken gegen die Notstandsbeihilfen auszuräumen. Weiter geht sich der Redner für die Vierteljahrszahlung der Beamtengelder ein.

Abg. Stoll (Komm.) bezeichnet den mit den Hohenzollern angekrehten Ausgleich als standlos und wünscht, daß die in Frage kommenden Vermögensobjekte zur Vinderung der Last der Beamenschaft verwendet werden.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.) meint, wer die Augen offen habe, könne täglich beobachten, daß es Beamte gibt, die innerhalb und außerhalb des Dienstes gegen den Staat arbeiten. Er verweise nur auf den leitenden Beamten in Waldeck.

Abg. Meier-Berlin (Soz.) ist der Auffassung, daß die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern ihre politische Auswirkung auch nach Bayern hin habe. Jeder Beamte, der den Hohenzollern gegeben werde, diene auch der Reaktivierung der Mittelsbacher Monarchie. Es handle sich also bei der Auseinandersetzung um eine rein politische Frage.

Abg. Dr. Scherling (Z.) tritt den Ausführungen der Linken bezüglich der Hohenzollernausgleichsangelegenheit entgegen. Das Zentrum stehe hier lediglich auf dem Boden des Rechts.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. — Die einzelnen Kapitel zum Haushalt des Finanzministeriums werden genehmigt. Nach einer Einzelaussprache, die nichts Wesentliches ergab, vertagte sich um 1/2 Uhr das Haus auf Freitag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Der Ministerrat des Landtages bestimmte als Tag, an dem die noch restierenden Abstimmungen zu den Etats, darunter auch die Abstimmung zur Barmat-Sache, stattfinden sollen, den 2. Dezember. Am 9. Dezember will man mit der dritten Beratung des Haushalts beginnen.

Ein sonderbares Wahlergebnis.

Die tschechischen Regierungsparteien Wählerminderheit, aber Parlamentsmehrheit!

Das scheidende tschechische Wahlergebnis ist an sich proportional wie das unsere, aber man hat es kurz vor der jetzigen Neuwahl dahin geändert, daß Parteien mit weniger als 200 000 Stimmen im ganzen Staat kein Mandat erhalten dürfen — auch wenn sie in einzelnen Kreisen die für ein Mandat erforderliche Wahlzahl erreicht haben.

Nun unterliegt das Wahlergebnis in der tschechischen Republik zum Zweck der Mandatsverteilung einer dreifachen Durchrechnung (Strutinium). Dabei wäre nichts Besonderes; auch wir haben die Mandate auf Kreisliste, Reststimmen im Wahlkreisverband und solche auf Reichsliste. Aber — wie unser süddeutsches Zentralorgan, der Prager „Sozialdemokrat“ ausführt — bei diesem dritten Strutinium erhalten die Regierungsparteien zehn Mandate auf die mandatslos ausgehenden Stimmen einer ganzen Reihe kleiner Parteien. . . und alle diese Parteien, die im Parlament nicht erscheinen, sind oppositionell. Somit verhehlen oppositionelle Splitterstimmen den Regierungsparteien zu einem unverhofften, dem Volkswillen entgegengesetzten Mandatsgewinn. Und sie können ihn um so nötiger brauchen, als sie selbst in der Wahl weniger als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten haben. Man muß die bisher nicht mitzählende tschechische Gewerkepartei schon mitrechnen, um auf 150 Mandate für die Regierungsparteien zu kommen — genau die Hälfte aller Abgeordnetenstimmen! Nur mit Hilfe jenes famos ausgeklügelten 3. Strutiniums kann eine dürftige Mehrheit für die Regierungsparteien heraufbeschworen werden.

Für diesmal ist es vorbei und geschehen. Aber für die Zukunft dürfte diese bittere Lehre der Zersplitterung gründlich vorbeugen.

Der deutschnationale Führer Lodgman hat im ersten Wahlgang die Wahlzahl nicht erreicht. Daraufhin hat er in einem höchst unmutvollen Brief auf ein Reststimmenmandat verzichtet und seinen Austritt aus dem politischen Leben angemeldet.

Als kleines Symptom oft gerügter Zustände sei nach erwähnt, daß es trotz der starken Minderheitsnationen kaum einen Wahlkreis gibt, der nach einem nichttschechischen Hauptort benannt wäre. So gibt es, um die größten und auch in Deutschland bekannten deutschböhmisches Städte zu nennen, keinen Wahlkreis Reichenberg, Aussig oder Teplitz — sondern alle diese deutschen Gebiete gehören zu den Wahlkreisen Wlodek Bolestav (Sungbunzlau), Schlan, Laun usw.

Coolidges Außenpolitik.

Präsidentenrede über Anleihen, Abrüstung und Weltgerichtshof.

New York, 19. November. (All.-Kabel.) Präsident Coolidge hielt in der New Yorker Handelskammer eine ausführliche Rede. Zur Frage der Anleihe anleihen führte er aus, wenn die Anleihen zu kommerziellen und industriellen Zwecken verwendet würden und so den Wohlstand und die Produktivität der betreffenden Länder erhöhen, dann schafften sie ihre Sicherheit durch sich selbst

und steuerten zur Erhöhung der Möglichkeiten des amerikanischen Handels bei. Aber wenn die Anleihen zu Zwecken verwendet werden, die nicht produktiv sind, wie etwa zur Aufrechterhaltung großer militärischer Einrichtungen oder um große städtische Ausgaben zu ermöglichen, während die städtischen Ausgaben durch Verwaltungsökonomie oder Steuern gedeckt werden sollten, dann schienen die Anleihen keinen nützlichen Zweck zu dienen und sollten nicht gewährt werden. Unsere Bankiers tragen daher eine große Verantwortung bei der Prüfung der Anleihegesuche, wenn sie daran gehen, Ersparnisse unseres Landes im Ausland zu investieren. „Amerikas Hilfsmittel“, so erklärte Coolidge weiter, „haben noch dem Vorkriegszustand die Welt vor dem Zusammenbruch bewahrt. Als Vorkriegszustand entschloß, finanziell sein Haus in Ordnung zu bringen, brachten wir einen Teil des Kapitals auf; als Deutschland eine große industrielle Wirtschaft zu errichten suchte, steuerten wir einen großen Teil zur Goldanleihe bei. Der Reparationsplan wäre ohne diese Hilfe ein Fehlschlag gewesen, denn Deutschland wäre sonst nicht fähig, Zahlungen zu leisten. Die Kosten der Besatzungsarmeen haben die internationalen Zahlungsverbindungen weiter erhöht. Andere machten Pläne und trafen Vereinbarungen für die Zukunft, die zwar von großer Wichtigkeit sind, aber wenn wir betrachten, was getan ist, wenn wir also alles beiseite lassen, was versprochen worden ist, dann

läßt sich in den vergangenen fünf Jahren nichts mit der Hilfe Amerikas zur Wiederherstellung der finanziellen Stabilität der Welt vergleichen.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß dies eine neue Epoche darstellt.“ Coolidge erinnerte dann an Amerikas Landabrüstung und Beschränkung der Seerüstung. „Aber wir taten durch unsere finanzielle Unterstützung mehr für den Frieden, als wir mit all unseren militärischen Maßnahmen dazu fähig gewesen wären.“

Coolidge ging dann auch auf die Schuldenregelung ein. „Die Regierungen, die diese Regelung vornahmen, glauben, daß eine dauernde Stabilisierung der europäischen Finanzen und Währungen ohne die endgültige Regelung der Schuldenfrage nicht möglich ist. Die Regelung der Schulden unterliegt beide, Schuldner und Gläubiger trägt zur Fortdauer freundlicher Beziehungen bei, die stets durch ungerüstete Differenzen geschädigt werden.“ Coolidge trat dann

für Amerikas Beitritt zum Weltgerichtshof

ein. „Wenn wir gemäß unserer Einstellung ermägen, daß wir allen politischen Angelegenheiten aus dem Wege gehen sollten, die uns nichts angehen, dann es für uns nichts Besseres geben, als die Beitrittserklärung Amerikas, mit den anderen Nationen zur Stärkung des Internationalen Gerichtshofes zusammenzugehen. Ich möchte nicht, was uns sonst so geringe Verpflichtungen auferlegen kann und was gleichzeitig von so großem Wert für die Welt wäre. Trotzdem die praktische Auswirkung nur gering wäre, würde ein derartiger Entschluß Amerikas rein gefühlsmäßig eine sehr große Wirkung haben. Er würde den Beginn einer neuen Epoche bedeuten.“ Coolidge und den Weltgerichtshof erwähnte Coolidge dagegen mit keinem Wort.

3000 Drusen eingeschlossen.

Paris, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Wälder für die nächsten Tage militärische Operationen von größerem Ausmaß in Syrien an. Den französischen Truppen sei es gelungen, 3000 Drusen im Libanon einzukreisen und das französische Oberkommando hoffe, sie innerhalb weniger Tage zur Kapitulation zu zwingen. Auch in der Gegend des Djebel-Drus sollen die französischen Truppen Erfolge errungen haben.

Auch in anderer Beziehung ist der Provinzialwahlleiter ganz willkürlich verfahren. Die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei gehören der Gruppe „Bürgerliche Vereinigung“ an. Die Deutschnationalen hatten im alten Provinziallandtag 15 Vertreter, die Volkspartei aber nur 12. Trotzdem setzt Herr Gerhardt die Volkspartei an die erste Stelle des amtlichen Stimmzettels und die Deutschnationalen an die zweite Stelle. Herr Gerhardt mußte es wissen und weiß es auch, denn er hat es dem zuständigen Referenten des Preussischen Innenministeriums persönlich bestätigt, daß in diesem Fall die Stärke der Fraktion und das Alphabet entscheidet. Dennoch handelt er entgegengekehrt.

Das Bezirkssekretariat der Partei für die Provinz Brandenburg hat zu diesem Willkürakt nicht geschwiegen. Persönliche Verhandlungen im Innenministerium bestätigten unsere Rechtsauffassung Wort für Wort. Unterstrichen auch unsere Erklärungen, daß der amtliche Stimmzettel rein willkürlich zusammengestellt ist, trotz des klaren Wortlauts der P.W.D. Weitere telephonische Verhandlungen zwischen uns und dem Provinzialwahlleiter brachten diesen zu der bezeichnenden Erklärung: „Wir sollen tun, was wir wollen.“ Mit anderen Worten: es bleibt bei meiner Entscheidung.

Der preussische Innenminister sollte sich im Kommunalaufsichtsweg diesen Diener der Republik einmal etwas genauer ansehen. Denn letzten Endes sind auch von einem Provinzialwahlleiter die vom Innenminister mit Befehlsgewalt erlassenen Wahlordnungen zu respektieren. Die Sozialdemokratische Partei mit ihren 37 Mandaten im Provinziallandtag der Provinz Brandenburg hat nicht notwendig, hinter Parteien mit 12 oder 15 Mandaten zu marschieren oder gar hinter Parteien, die überhaupt noch keine Vertretung hatten. Wir werden in diesem Kampf gegen Willkür und Rechtsbeugung alle Rechtsmittel restlos zur Anwendung bringen.

Zum Fall Benzmann.

Sozialdemokratische Beisitzer im Staatsgerichtshof.

Vom Genossen Aufhäuser geht uns die folgende Erklärung zu:

Nach Rückkehr von einer Reise lese ich nachträglich in der „Roten Fahne“ vom 15. November einen Artikel mit der Ueberschrift: „Fünf Jahre Zuchthaus für Benzmann! Mitglied des Gerichtshofes: die Sozialdemokraten Brandes, Lange und Aufhäuser.“ Der Artikel kritisiert ein Urteil des Staatsgerichtshofes. Es waren drei kommunistische Funktionäre wegen Sprengstoffverbrechen unter Anklage gestellt.

Nach dieser Kritik in dem Artikel der „Roten Fahne“ heißt es wörtlich:

„Nach mehr! Das Urteil im Fall Benzmann und Genossen wurde mitbeschlossen von den drei sozialdemokratischen Beisitzern Lange, Brandes und Aufhäuser. Lange ist früherer Kreisvorsitzender des Reichstages, Brandes ist Mitglied des Hauptvorstandes des D.V.B., Aufhäuser ist erster Vorsitzender des U.F.V.-Bundes. Nach den Vorschriften der Urteilsfindung konnte das ungewöhnliche Zuchthausurteil nicht gefällt werden ohne Zustimmung mindestens von einem dieser Beisitzer. Und wenn einer unter ihnen nicht mit dem Rechtsbruch dieses Urteils einverstanden wäre, so hätte er die Pflicht, öffentlich gegen diesen Rechtsbruch zu protestieren.“

Wenn ich auch im allgemeinen darauf verzichte, gegen die „Rote Fahne“ zu polemisieren, so muß doch hier gegen eine derartig schamlose Berichterstattung im Interesse des Ansehens der gesamten Arbeiterbewegung die schärfste Verwahrung eingelegt werden. Die Redaktion der „Roten Fahne“ weiß ganz genau, daß die Beratungen des Richterkollegiums auch im Staatsgerichtshof nicht öffentlich sind, und deshalb auch die einzelnen Beisitzer weder über die Beratungen noch über die Abstimmungen Mitteilungen machen dürfen. Sie weiß auch, daß der Gerichtshof aus 9 Personen besteht, in dem bei Anwesenheit von 3 Sozialdemokraten diese in jedem Falle eine Minderheit bilden. Trotzdem berichtet sie ohne jeden Anhaltspunkt, daß das Urteil von den drei sozialdemokratischen Beisitzern mitbeschlossen worden ist.

Sie verschweigt auch, daß nicht gegen einen, sondern gegen drei Angeklagte Zuchthaus beantragt worden war; bei zwei Angeklagten hat das Gericht nach einer sehr langen Sitzung nicht auf Zuchthaus erkannt. Wie die sozialdemokratischen Beisitzer über den dritten Fall (Benzmann) denken, können sie bekanntgeben, wenn sie vorher ihre Äußerung im Staatsgerichtshof niedergelegt. Ich bin dazu bereit.

Glaube die „Rote Fahne“, daß die Urteile des Staatsgerichtshofes milder ausfallen, wenn die sozialdemokratischen Beisitzer auscheiden? U. A. w. g.

Hakenkreuz und Sowjetstern.

Blutiger Zusammenstoß in Chemnitz.

Chemnitz, 19. November. (All.) Für gestern abend hatten die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Dr. Goebbels-Eberfeld über „Lenin oder Hitler?“ sprach. Die Versammlung war stark besucht, besonders zahlreich waren Kommunisten anwesend; sie kamen auch in der Debatte zu Wort. Als gegen Mitternacht die Kommunisten die Internationale und die Hakenkreuz eines ihrer Lieber anstimmten, kam es plötzlich zu einer Schlägerei, wobei die Streitenden mit Stühlen und Tischen aufeinander losgingen und Biergläser usw. geworfen wurden. In dem Tumult flüchteten viele durch die Fenster, die dabei zertrümmert wurden. Polizei räumte sofort den Saal und zerstreute die Ansammlung vor dem Portal. Obwohl die Schlägerei nur wenige Minuten gedauert hatte, war doch eine größere Anzahl Personen verletzt worden. Den Verletzten wurde sofort ärztliche Hilfe zuteil. Ein Eisenbahnerlehrling Johann Rudolf Schneider, der einen Stich in den Rücken erhalten hatte, ist seinen Verletzungen erlegen. Auch wurden zwei Polizeibeamte verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist erheblich. Mehrere Personen, bei denen Totschläger usw. gefunden wurden, wurden festgenommen.

Verlang Synagogenattentate.

Leipzig, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber einen völkischen Plan, die Synagoge in Leipzig in die Luft zu sprengen, verlautet, daß die treibende Kraft ein völkischer „Führer“ namens Krause war, der erst seit wenigen Wochen in Leipzig ist, wo er eine völkische Rednerschule aufmachte. Den Unterricht erteilt er selbst. Er gab sich als der Sohn eines großen Gutsbesizers in Pommern aus und prahlte mit seinen schließlichen Mittrauen, worauf er von seinen eigenen Freunden der Polizei überantwortet wurde. Dadurch konnten die „Verführer“ rechtzeitig unschädlich gemacht werden.

Umstellung bei der „Kreuzzeitung“. Die Geschäftsführer der „Kreuzzeitung“ werden zu einer außerordentlichen Beisitzer-Versammlung mit folgender Tagesordnung eingeladen: Bericht über Umformung der Gesellschaft; Beschlusfassung über die Liquidation der Gesellschaft.

Der Abrüstungsantrag der englischen Arbeiterpartei ist im Unterhaus gegen die 130 Stimmen unserer Genossen abgelehnt worden.

Gestern Hochverräter — heute Minister. Der Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Raditsch, ist zum Agl. südböhmischen Unterrichtsminister ernannt worden.

Zusammentritt des Stadtparlaments.

Nur Verteidigung der Stadtverordneten — und Spektakel der Kommunisten.

Die neu gewählte Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte in ihrer ersten Sitzung, zu der sie gestern zusammenkam, nicht weiter tun, als sich durch den Oberbürgermeister verteidigen lassen. Das wußten selbstverständlich auch die Kommunisten, aber sie gaben vor, daß sie den sofortigen Beginn der Arbeiten für möglich hielten. Sie begannen in der ihnen eigenen Art mit der „Arbeit“, indem sie sich bemühten, sofort wieder einen Anarchismus zu bringen. Oberbürgermeister Böh, der die neue Stadtverordnetenversammlung in längerer Rede begrüßte und dabei mit einer gegen die rechte Seite gerichteten merkwürdigen Schärfe auf die den Kommunisten feindliche Haltung der privaten Wirtschaft hinwies, wurde in Ruhe angehört. Dem zur Verteidigung der 225 Stadtverordneten erforderlichen zweihundertfünfzigmaligen Händeschütteln, das dann folgte, unterzog Herr Böh sich mit tapferer Ausdauer. Danach übernahm Stadtverordneter Bamberg, der zur Fraktion der Demokraten gehört, als das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung auf die den Kommunisten feindliche Haltung der privaten Wirtschaft hinwies, wurde in Ruhe angehört. Dem zur Verteidigung der 225 Stadtverordneten erforderlichen zweihundertfünfzigmaligen Händeschütteln, das dann folgte, unterzog Herr Böh sich mit tapferer Ausdauer. Danach übernahm Stadtverordneter Bamberg, der zur Fraktion der Demokraten gehört, als das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung auf die den Kommunisten feindliche Haltung der privaten Wirtschaft hinwies, wurde in Ruhe angehört.

sind auf allen Gebieten der kommunalen Tätigkeit vorwärts gekommen. — Auch der neuen Versammlung werden überaus wichtige Aufgaben gestellt werden. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn die Vorbedingungen, die sie braucht, in vollstem Umfange erfüllt werden, und es muß offen ausgesprochen werden, daß sie nicht so erfüllt worden sind, wie es sein sollte. Unser Verkehrsweesen liegt immer noch sehr im Argen; es fehlt ein geschlossenes, ausgebautes Schnellbahnnetz, es fehlt an der Regelung der Beziehungen zwischen den Unternehmungen, die dem Verkehr im ganzen dienen sollen; ein großes Ziel, heute noch in weiter Ferne, einst und hoffentlich bald nahe und erreichbar, und dann für Berlin ein großer Segen! Auch auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation bringt unsere Zeit neue Aufgaben mit zwingender Gewalt an uns heran. Bisher konnten wir die Organisation nur auf der Grundlage des Gesetzes Groß-Berlin vom 27. April 1920 aufbauen; der Druck der Finanz- und anderer Räte wird und muß zu neuen gesetzlichen Grundlagen führen, auf denen wir unsere Verwaltung mit größerer Sparsamkeit aufbauen können. — Die überaus schwierige Wirtschaftslage hat kaum ein Teil des Staates stärker zu verfühlen als unsere Stadt Berlin, die Stadt der eifrigsten Arbeit, das Zentrum des Handels und der Industrie.

Die Arbeitslosigkeit wächst, die Krankenhäuser sind überfüllt, der Gesundheitszustand der noch größtenteils versendeten Bevölkerung gibt zu den größten Besorgnissen Anlaß. Fast täglich erfolgt die Schließung weiterer Betriebe, und wir sehen kein Mittel, das in kürzester Frist Abhilfe verspricht. Andererseits hat die Finanzpolitik in Reich und Staat nicht nur an unseren Einnahmen wesentliche Einschränkungen zur Folge gehabt, sondern uns auch höhere Lasten auferlegt. Die private Wirtschaft hat nicht erkannt, auf welchen Grundlagen die hohen Steuerlasten, über die sie sich beklagt, sich aufgebaut haben; sie sucht die Ursachen in einer Verschwendungssucht der Gemeinden, besonders der größeren, sie will den Gemeinden Geld wegnehmen und ihnen neue Ausgaben auferlegen, ohne zu bedenken, daß in dem Augenblicke, wo Fehlbeträge entstehen, diese wiederum durch Steuern eingezogen werden müssen, die letzten Endes doch wieder die Wirtschaft aufbringen muß.

Die im Reich und Staat unter dem Druck der Privatwirtschaft betriebene Politik werden wir hier in den nächsten Wochen aufs bitterste zu empfinden haben

und dann mögen sich diejenigen nicht beklagen, die im Grunde angenommen, die Schuld daran tragen, daß wir in kurzem unsere Steuern wesentlich werden erhöhen müssen (Bewegung). Es wird unsere Aufgabe sein, alles daranzusetzen, um diesen Steuerdruck auf ein geringstes Maß herabzusetzen; und das wird die Aufgabe aller Mitglieder sein, denn welcher Partei immer der einzelne auch angehört mag, der Zusammenbruch trifft alle gleichmäßig. Die Grundlagen für diese Abwehrbestrebungen müssen in der Gesetzgebung namentlich durch Änderung des Gesetzes Groß-Berlin gefunden werden. — Nicht mit pessimistischen Gefühlen soll man hineingehen in eine große Arbeit, wie sie Ihnen bevorsteht. Ich bin überzeugt, daß auch in der neuen Versammlung die Interessen unserer Großstadtbildung in vollstem Umfange werden gewahrt werden; wie immer die Parteien sich orientieren mögen, an der Spitze wird immer der eine große Gesichtspunkt stehen: für unsere Stadt Berlin! (Beifall)

Hierauf erfolgt durch den Stadtrat Richter der Namensaufruf der Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge; die Ausgerufenen treten an den Oberbürgermeister heran und werden von diesem durch Handschlag verpflichtet, ihr Amt nach Pflicht und Gewissen zu versehen. Darauf erklärt der Oberbürgermeister: Ich habe nunmehr die Ehre, Sie in Ihr Amt einzuführen, und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Stadtverordneter Bamberg übernimmt als Alterspräsident (1846 geboren) den Vorsitz, eröffnet die Sitzung und beruft zu Beisitzern die Stadtverordneten Flatau (Soz.), Schallbach (D. Vp.), Goh (Romn.) und Dr. Falck (Dnat.). Er begrüßt die Versammlung und spricht die Hoffnung aus, daß sie wie alle ihre Vorgängerinnen ihre Pflicht erfüllen und daß ihr die Erfüllung dieser Pflicht ein außerordentliches Vergnügen machen wird (Heiterkeit und Zustimmung). Er schlägt dann vor, die konstituierende Sitzung am

nächsten Donnerstag abzuhalten. Ein zur Geschäftsordnung von dem Kommunisten Göbel eingebrachter Antrag nahm den im Eingang des Berichtes bereits geschilderten Verlauf. Schluß 1/7 Uhr.

Der Arbeitsplan der Stadtverordnetenversammlung.

Unmittelbar nach der gestrigen Sitzung fand unter der Leitung des Stadtverordnetenvorstehers Gen. Haß eine Besprechung der Fraktionsführer statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird sich der Arbeitsplan der Stadtverordnetenversammlung folgendermaßen gestalten: In der nächsten Sitzung erfolgt zunächst die Wahl des Präsidiums. Im Anschluß daran die Wahl eines 17köpfigen Ausschusses zur Nachprüfung der Stadtverordnetenwahlen und die Wahl des Haushaltsausschusses. Dieser Wahlgang wird dazu benutzt werden, um den Schlüssel für die Wahl aller übrigen ständigen Ausschüsse und Verwaltungsdeputationen zu finden. Die Besetzung der Deputationen selbst wird auf Grund des Schlüssel in der nächsten Sitzung am 1. Dezember erfolgen. Hier wird auch der Ausschuss zur Nachprüfung der Wahl Bericht erstatten, damit die Stadtverordnetenversammlung in der Lage ist, die auf der Stadtliste gewählten Stadtverordneten den Bezirken zuzuwiesen. Am 10. Dezember wird unter Leitung des Oberpräsidenten in einer besonderen Sitzung die Wahl der Mitglieder zum Stadtrat erfolgen und ferner die Wahl der unbesetzten Stadträte. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung sollen außerdem alle bisher eingegangenen Magistratsvorlagen und Anträge gesetzt werden; um ein leichteres Arbeiten der Versammlung zu ermöglichen, sollen allerdings nur die als besonders dringlich bezeichneten Magistratsvorlagen zur Behandlung kommen. Die eigentliche Arbeit der Stadtverordnetenversammlung wird erst acht Tage später ihren Anfang nehmen.

Volksparteiliche Palastrevolution!

Die Sensation im Berliner Rathaus war gestern abend die Nachricht, daß die Fraktion der Volkspartei in ihrer ersten Sitzung einen gründlichen Kurswechsel vorgenommen hat. Ihr bisheriger Vorsitzender, der bekannte Landtagsabg. v. Egnern, ist als Vorsitzender nicht wiedergewählt worden. An seine Stelle wählte die Fraktion den in Stigly gewählten Stadtverordneten Paul Schwarz. Dieser gilt auch bei seinen Gegnern als ein ruhiger, besonnener Mann, der in der Sache und in der Form verbindlich ist und der in seiner ganzen Einstellung sich von seinem Vorgänger dadurch vorteilhaft unterscheidet, daß ihm der doktrinaire, auf rein parteipolitische Auseinandersetzungen gerichtete Zug des Juristen- und Paragraphenreiters fehlt. Die Nichtwiederwahl des Herrn v. Egnern ist zweifellos die Qualifikation dafür, daß er durch seine Politik sehr wesentlich mit an der katastrophalen Bahnliederlage beigetragen hat. Auf allen Seiten des Hauses wurde diese Veränderung lebhaft begrüßt, denn gerade von Egnern hatte durch seine Schulmeisterei und durch seinen Doktrinarismus und durch seinen grenzenlosen Sozialistenhaß verstanden, jede Arbeitsmöglichkeit in der Versammlung zu erschweren. Er war einer der Hauptverursacher der Bürgerblockpolitik und der auf reine Machtpolitik eingestellten Bestrebungen der Rechten. Offenbar will die Volkspartei durch seine Nichtwiederwahl zu verstehen geben, daß sie eine andere, entgegenkommendere und mehr auf sachliche Arbeit gerichtete Politik zu treiben gedenkt. — Die sozialdemokratische Fraktion kann nur bedauern, daß dieser Umwälzung in der Volkspartei nicht eher gekommen ist. Seine Auswirkungen würden dann nachhaltiger sein. Immerhin ist auch dieser Kurswechsel ein Erfolg ihrer rein sachlichen, auf die Förderung der städtischen Interessen gerichteten Politik. Dieser Erfolg kam übrigens gestern in der Stadtverordnetenversammlung bereits deutlich zum Ausdruck. Bezeichnend für diese Umwälzung ist die Tatsache, daß die Wahl des bisherigen Stadtverordnetenvorstehers, des Genossen Haß, wahrscheinlich von allen Fraktionen, von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen, einstimmig durch Zustimmung erfolgt wird.

Ein großer Dachstuhlbrand war am Donnerstag in Spandau in der Schönwalder Straße 87 zu sehen, wobei leider zwei Beamte der Spandauer Feuerwache an Rauchvergiftung schwer erkrankten. Zur Löschung bedurfte es vier Schlauchleitungen von Rotorsprühen. Die oberen Geschosse haben stark durch Wasser gelitten. Man vermutet Brandstiftung.

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Die Untersuchung dauerte ziemlich lange. Sehr lange, so schien es Olga. Es war ihr sehr unheimlich, daß der Arzt so ewig mit Eva hinter dem Vorhang blieb, der einen Abteil des Raumes verschloß. Die Gefassenheit des jungen Assistenzarztes, dessen Augen übermüdet aus einem blassen Gesicht sahen, hatten ihr anfangs die abhanden gekommene Ruhe wiedergegeben. Nun kam wieder die vorherige Angst über sie. „Oh es schlimm ist?“ flüsterte sie der Schwester zu, die mit großer weißer Schürze, die alles darunter bedeckte, mit der weißen Kopfbedeckung der Charitékranke an einem Glaschrank, der alle möglichen vor Sauberkeit blinkenden Instrumente enthielt, sich zu schaffen machte. Diese lächelte vertrauenerweckend, sagte aber nichts. Endlich, endlich!

Der Arzt kam hinter dem Vorhang vor, er hielt die kleine Eva an der Hand. „Ein artiges Kind.“ sagte er. Und dann strich er die kleine ganz freundlich über den Kopf: „Immer hübsch geduldig, nicht wahr?“

Es konnte ja nicht schlimm sein, er lächelte! Olga empfand das, was sie durchzuckte, als eine freudige Ueberraschung. Wie töricht war sie gewesen, warum hatte sie sich nur so dumm geängstigt!

Der junge Arzt, dessen hübsches Gesicht ein paar große Narben von Schmissen zeigte, sagte etwas zu der Schwester, die nahm Eva hierauf an die Hand. „Sie zeigen dem Kind wohl mal ein bißchen was, Schwester Else.“

Er trug in sein Buch ein: „Geburtsjahr 1894? Tag? Name?“ Er schrieb alles auf, und dann schrieb er noch stumm einiges Weitere. Und dann sah er Olga plötzlich aufmerksamer an: „Sind Sie gesund?“

„Ja.“

„Ganz gesund?“

Warum sah er ihr so forschend ins Gesicht? Es war ihr, als durchbohrte sie sein Blick. Sie fühlte, daß sie unwillkürlich errödete. Aber sie war ja doch gesund, ganz gesund, das konnte sie wirklich behaupten. „Ich bin ganz gesund.“

„Und Ihr Mann?“

Es überließ sie heiß und kalt: was sollte sie jetzt sagen? Rein, lügen wollte sie nicht, konnte sie nicht! Den Kopf aufrecht haltend, den Blick, der sich senken wollte, offen auf ihn richtend, sagte sie tapfer: „Ich habe keinen Mann.“ Aber

das konnte sie nicht verhindern, daß ihre Farbe dabei wechselte. Aus ihrem Erröten wurde ein tiefes Rot, es schlug ihr wie eine Bohle bis in die Schläfen.

Er hatte sie verstanden. Er fragte nicht: „Sind Sie Witwe?“ er sagte nur: „Ich meine den Vater des Kindes. War der gesund?“

War Manfred Berndorff gesund gewesen? Damals gesund gewesen? Ein Zittern lief dem Mädchen durchs Herz, lief ihr durch alle Glieder: was, was hatte Stefan doch gesagt, als er von des Vaters Beerdigung nach Hause kam?! „Der Berndorff soll krank sein, ich habe mich nach ihm erkundigt — deinetwegen. Was Genaueres wissen die Leute ja nicht, aber sie reden, reden. Und was sie reden, ist nicht gerade schön. Scheint ein ganz liebedürftiger Patron, wird sich wohl was Böses geholt haben. Die arme Mutter!“ Nein, nein, das war nicht wahr — Manfred war ganz gesund, war immer gesund gewesen! O Gott, nein, nein, ja, ja, er war gesund! Was sie damals dem Bruder entgegengeschleudert hatte: böswilliger Klatsch — das konnte sie auch jetzt aufrecht halten — mußte das selber auch glauben. Ja, sie glaubte es auch! Und sie hob wieder den Kopf, und obgleich sie jetzt so tief erbost war, wie eben noch hoch errötet, sagte sie mit ruhiger Stimme: „Ja, der war auch gesund.“

Und nun sah Olga schon seit Wochen in der Arbeitsstube mit dem immer gleich niedergeschlagenen Gesicht. Ihre kleine Eva war noch in der Augenklinik der Charité. Sie hätte sie hundertmal lieber in eine Privatklinik getan, wo sie das Kind täglich, zu jeder Zeit sehen konnte, nicht wie hier nur einmal in der Woche und Sonntags, aber auch dann nur zur festgesetzten Stunde und nie über die bestimmte Zeit. Doch das war eben unerzwinglich.

Die Schieloperation war leicht, die war bald gemacht, aber warum behielt man ihre kleine Eva noch soviel länger da? Was an dem Auge eigentlich war, wußte Olga nicht genau. Die Sehkraft war zurzeit behindert. Von einer Trübung der Hornhaut sprach die Saalschwester, aber das konnte doch gewiß besser werden, darum wurde sie ja gerade so lange behandelt. Und eine Brille mußte sie tragen, weil das andere Auge auch etwas schwach war. Natürlich, das wurde eben zu sehr angestrengt. Die Brille sollte stärken. Aber es war doch zu häßlich, ihr kleines Mädchen schon eine Brille! Als Olga ihre Eva zum erstenmal mit der Brille sah, hätte sie am liebsten geweint.

Aber das Kind war fröhlich, viel fröhlicher, als es je

in der Alexanderstraße gewesen war. Hier war es nicht geduldet, hier war es ein Kind wie die anderen Kinder auch. Nach der Operation hatte Eva lange im Dunkeln liegen müssen, aber sie ertrug das geduldiger, als andere ihres Alters. Wenn sie in ihrem Bett lag und nichts, gar nichts sah, um sie herum eine undurchdringliche Dunkelheit war, dann erzählte sie sich leise mit ihren Fingern etwas. Ihre rechte Hand sahte nach einander die einzelnen Finger der Linken. Der Daumen, das war die Mutter, die kam zuerst dran; dann kam der Zeigefinger, das war Albert, mit dem flüsterte sie auch vertraut. Dem großen Mittelfinger, dem Onkel, hatte sie schon weniger zu erzählen, dem vierten Finger, der Irma, und dem fünften, der Drets, noch weniger. Für die Tante Ella war kein Finger mehr übrig. Und dann sprach sie ins Dunkel laut hinein, all das, was sie Albert und Irma abgelauscht hatte, wenn die lernten. Nun wußte sie so viel auswendig: Gesangbuchverse, Heber, lange, lange Gedichte. Wikowski hatte seiner Frau zu Gefallen die Kinder protestantisch werden lassen, dann brauchten die nicht zur Messe zu laufen, und es paßte zudem mehr nach Berlin; da liest nun zum Konfirmandenunterricht ging, sagte sich Eva den Katechismus, Fragen und Antworten am Sanktbrünnchen her. Und dann die biblischen Geschichten, die schönen Märchen, und wenn die zu Ende waren, dann erfand sie sich selber welche. Damit unterhielt sie sich und andere, die nebenan lagen und der Kinderstimme Stundenlang lauschten. Olga wurde ganz stolz, wie beliebt ihre kleine Eva war. —

Als Eva nach acht Wochen die Klinik verließ, weinte sie. Ihr war das alles hier so vertraut. In der letzten Zeit hatte sie hinunter gedurft, auf den Bänken in den unbefestigten Anlagen sitzen und da mit der großen Wachsuppe, die ihr die Mutter gebracht hatte, schön spielen. Es war Frühling geworden, ein frühwarmer, es war so herrlich gewesen unter den Büschen, die grüne Blütlchen trieben; es stand auch ein Kastanienbaum da, der hatte diese braungelbende Knospen. Jeden Tag sah Eva nach, ob nicht schon eine der braunlackierten aufgeplatzt war. Dann stand sie hinaufguckend mit hochgeradem Köpfchen und hielt noch die Hand schützend über die schließende Brille. Und Armseln kamen und pickten im Gebüsch, und einmal hörte die kleine Eva eine von ihnen singen. Das vergaß sie nie.

„Auf Wiedersehen.“ sagte die Schwester und streichelte das Gesichtchen, das nicht frischer und röter geworden war. Und Eva winkte: „Auf Wiedersehen!“

(Fortsetzung folgt.)

21]

Der neue Funkturm in Königswusterhausen.

Das zweitgrößte Bauwerk der Erde.

Vor Jahren hatte das Militär in Königswusterhausen eine Funkstation errichtet, die nach dem Krieg von der Reichspost übernommen und gewaltig ausgebaut worden ist. Damals ein Gebäude von ziemlicher Richtigkeit und eine Anzahl von zwar sehr ansehnlichen, aber doch nicht übermäßig hohen Funkmasten. Heute sind es drei Gebäude, die in nicht geringer Entfernung voneinander liegen, und die zwei neueren Häuser zeigen sich in sehr ansprechender Gestaltung. Der Bau des zweiten Funkgebäudes fiel zwar in die Inflationszeit und darunter hat die innere Raumgestaltung noch etwas gelitten, aber das neueste Haus ist bereits in stabiler Zeit entstanden und stellt ein wahrhaft musterhaftes Heim für eine Groß-Station dar. Inzwischen ist aber auch der gewaltige dreieckige Turm fertig geworden, der 243 Meter hoch aufragt und der noch einer weiteren Aufbau von 40 Metern und darüber nach eine Spitze erhalten soll, womit er dann dem Eiffelturm an Höhe vollkommen gleich sein wird. Das ganze weite Gelände ist jetzt Eigentum der Reichspost und am gestrigen Donnerstag waren eine größere Anzahl Funkfachleute, Regierungs- und Pressevertreter einer Einladung zur Besichtigung der Großfunkstelle Königswusterhausen gefolgt.

Das nächste Ziel der Reichstelegraphenverwaltung ist, wie Staatssekretär Bredow ausführte, die Automatisierung der Dotsfernrechnen und die Verkabelung der oberirdischen Telegraphen- und Telephonleitungen. Auf beiden Gebieten ist schon viel geschehen. Annähernd 5000 Kilometer Fernkabel liegen bereits in deutschem Boden. Anschließ an die Nachbarländer ist vorgesehen und des Streben geht dahin, nach der bereits eingetretenen starken Verbesserung des deutschen Fernsprechverkehrs — die allerdings wohl auch durch die Einschränkung des Fernsprechens infolge der sehr hohen Gebühren herbeigeführt ist! — auch für den europäischen Fernsprechverkehr gleiche Schnelligkeit der Erlangung der Verbindungen und ebenso gute Verständigung zu erreichen. Der Wiederaufbau des durch den Krieg verlorenen Ueberseefernverkehrs ist gleichfalls bereits in Angriff genommen. Mit den skandinavischen Nachbarländern haben wir längst Kabel und ein neues deutsches Kabel über Emden, Horen nach Amerika ist wieder im Bau. Der Inlandstelegraphenverkehr auf dem Draht ist heute so entwickelt und gesichert, daß die 32 deutschen Inlandfunkstationen nur noch für den Notfall, bei besonderer Ueberlastung oder Störung zum Telegraphieren benutzt werden. Vom Berliner Haupttelegraphenamt gehen täglich etwa 5400 Telegramme, meistens Auslandsdräpfchen, über Königswusterhausen durch die Luft. Ein Teil des Funkverkehrs geht auch über Auen und Elbe. Die Sender von Königswusterhausen dienen zu einem wesentlichen Teil der telephonischen Sendung und zwar vor allem dem Nachrichtenwesen der Zeitungen. Mehrere große Nachrichtenbüros, darunter auch der Sozialdemokratische Pressedienst, sprechen täglich mehrmals zur festgesetzten Zeit ihren Abonnenten im Reich Nachrichtenmaterial zu. Daneben verbreitet Königswusterhausen, wie jeder Radiofreund weiß, auch eigene Künstler- und Schallplattenkonzerte.

Bei der fabelhaften Entwicklung der Funktechnik ist an einen Abschluß noch gar nicht zu denken. Jetzt tritt die Sendung von Bildern immer mehr in Erscheinung und Staatssekretär Bredow glaubt schon von der Zeit sprechen zu können, wo man Briefe nach fernem Ländern, die heute wochenlang brauchen, in wenigen Stunden funktentelegraphisch im Postfach übermitteln können. Einem Vortrag des Leiters der telegraphischen Reichsanstalt, Oberpostrat Dr. Harbig, war u. a. zu entnehmen, daß die zahlreichen Sender in der gleichen Funktion durch Zwischenkreise gegenseitige Störungen ausschalten. Man hält Maschinen- und Schallanlagen von den Sendern getrennt. Der geplante Turmaufbau soll besonders zu Versuchen mit kleinen Wellen dienen. „Als „Erde“ ist ein ziemlich großes Kupferdrahtnetz im Boden vergraben.

Ueber den Turmbau selbst sprach Ingenieur Honnef. Er erwähnte u. a., daß der Eifelturm 7000 Tonnen wiegt, der Königswusterhausener aber einschließlich der gewaltigen und schweren Verankerung, die im Boden liegt, nur 700 Tonnen, also den zehnten Teil, während die Kosten gar nur 7 Prozent der Baukosten des Eiffelturms betragen. Auf der Plattform in 230 Meter Höhe steht ein zweistöckiges Maschinenhaus, in dessen oberem Stock ein Sender kommen soll, der in 240 Metern Höhe arbeiten wird. Später soll sogar im Knopf der Spitze ein Sender untergebracht werden! In der Mitte des Turms geht eine Wendeltreppe mit 1000 Stufen hinauf, die sich um eine Metallröhre von 90 Zentimetern Durchmesser schlingen. In dieser Röhre wird man mit einem einfachen Fahrstuhl hinauffahren können. Man wird 4 Minuten brauchen, um diese Höhe im Fahrstuhl zu überwinden. Die 1000stufige Treppe erstiegen gewandte und gewohnte Arbeiter in etwa einer halben Stunde. In den etwa 200 Wertplänen für den Turmbau haben 10 Ingenieure ein Jahr lang gearbeitet. Bei den 32 Windwerken waren 35 000 Kilometer Stahlkabel während des Baues in Betrieb. Selbstverständlich forderten und erhielten die Arbeiter, die dieses lästige Werk zur Höhe förderten, entsprechend ansteigende Arbeits- und Gehaltszuschläge. Die Gussstücke für den Turm wurden beim Hinabwinden durch Winddruck teilweise stark abgetrieben. Die statischen Berechnungen bilden einen stattlichen wissenschaftlichen Band mit vielen Zeichnungen und Formeln, während die Berechnungen für den Eifelturm im Vergleich dazu verhältnismäßig geringfügig anmuten.

In den drei Funkhäusern auf der märkischen Ebene südöstlich von Berlin geht es, wenn nicht gerade Besuch da ist, überaus still zu. In den Senderäumen hört man fast gar nichts, in den Maschinenhallen nur das durchdringende Singen der Hochfrequenzmaschinen. Aber eine verwirrende Fülle von Worten und Tönen strahlt aus diesen Türmen und durch die Antennendrähte hinaus über den ganzen Erdball und wird ebenso wiederum in deutschen Funkstationen aufgefangen. Die Luft, in der wir alle leben, wird so die geistige Verbindung der ganzen Menschheit.

Am Sarge des Fliegers.

Die Morgenblätter des gestrigen Tages hatten die Nachricht verbreitet, daß die sterblichen Überreste des während des Weltkrieges gefallenen Fliegers Ranjred v. Richtigosen am Buhtag nach Berlin übergeführt und in der Gnabentirche in der Invalidenstrasse feierlich aufgebahrt worden sind. Diese Meldung hatte erklärlicherweise zur Folge, daß viele Berliner Einwohner trotz der winterlichen Kälte zu dem monumentalen Bau im Norden Berlins gingen. Sicher sind manche jener biederen Bürger, die geduldig sich in langen Reihen am Archengarten entlang der Straße aufgestellt haben, ehrliche Patrioten, deren Liebe zu Deutschland sich in der feinen symbolischen Handlung des Vorbeiführens am Sarge Richtigosen fundat. Und das ist für uns, die wir Deutschland ja nicht minder lieben als jene, die ihre Blumenkränze mit schwarzweißen Schleifen um-

winden, das Traurige und das Bedrückende dabei: sie ehren den gefallenen Flieger, der seine Pflicht zu erfüllen glaubte wie zahllose und namenlose andere, eben als Krieger, nicht als Opfer. Sie wissen nicht, wie unedel und wie geistlos letzten Endes ihre Parade ist, wenn sie nicht mit dem inneren Gelöbnis zum Frieden, das für uns Sozialisten einzig und allein Dokument wahrer Vaterlandsliebe sein kann, geschieht. Unter den vielen Kränzen, die den Sarg bedeckten, befand sich auch einer, der von englischen und amerikanischen Fliegern gestiftet ist. Die Schleife trägt die Inschrift: „Ranjred v. Richtigosen, unserem Gegner, aber auch unserem Kameraden.“

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Eine verhinderte Landauktion.

Verzweiflungsaktion der Basdorfer Siedler.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, sind in Basdorf an der Liebenwalder Bahn 65 Berliner Familien durch die Machinationen eines Spekulanten, dessen Geschäfte augenblicklich von der Staatsanwaltschaft nachgeprüft werden, um ihren unter größten Entbehrungen erregenen Besitz an Land und Häusern gebracht worden.

Die „Basdorfer Bodengesellschaft m. b. H.“ hatte den Siedlern zwar Grundstücke verkauft, durch gewisse Transaktionen aber zu verhindern gewußt, daß den Käufern vom Grundbuchamt Oranienburg die Auflassung erteilt wurde. Später hat dann die „Basdorfer Bodengesellschaft“ neben anderen Terrains auch die Siedlungsgrundstücke einem gewissen Bluth übereignet, der angeblich große Forderungen an die „Basdorfer Bodengesellschaft“ hat. Auf Antrag des B. war nun für den gestrigen Donnerstag die Versteigerung der Siedlungsgrundstücke vor dem Amtsgericht Oranienburg angehängt worden. Die Siedlungsgrundstücke sollten mit dem gesamten Inventar, Häusern, Ställen, Bäumen usw., unter den Hammer kommen, und der gegenwärtige Besitzer hatte den Siedlern sogar verboten, aus den Häusern Möbel, Gartengeräte usw. herauszunehmen. Zu dem Versteigerungstermin hatten sich in dem Amtsgericht Oranienburg sämtliche Siedler aus Basdorf eingefunden. Die verzweifelten Leute, die zum Teil mit Gummihäutchen usw. bewaffnet waren, befanden sich in einer derartigen Erregung, daß es dem Konkursrichter zunächst lange Zeit hindurch nicht gelang, Ruhe zu schaffen. Endlich konnte die Versteigerung offiziell eröffnet werden. Bei der Versteigerung der zu subhastierenden Grundstücke mit dem Inventar spielten sich herzerweichende Szenen ab. Männer und Frauen, die sich um ihren Besitz gebracht haben, schluchzten laut, und einige Frauen beschworen den Richter, ihnen doch wenigstens zu gestatten, die Möbel, Betten usw. aus den Häusern herauszunehmen. Als dann der augenblickliche Besitzer der Grundstücke, der frühere Direktor der Aachen-Münchener Versicherungs A. G. Bluth, im Saal erschien, kam es zu tumultuarischen Ausbrüchen. B. wurde von den verzweifelten Siedlern mit Zurufen wie „Bluthauger“, „Bluthund“ usw. empfangen. Die Erregung im Saal wuchs von Minute zu Minute, und es war zu befürchten, daß die erretteten Siedler sich zu schweren Ausschreitungen würden hinreißen lassen. Aus diesem Grunde erklärte der Konkursrichter die Versteigerung für aufgehoben und ordnete an, daß ein neuer Versteigerungstermin erst im kommenden Jahre stattfinden soll. Die Erregung der Siedler wurde dadurch zwar etwas gedämpft, doch kam es zu neuen Ausbrüchen, als der Kaufmann Bluth eine Einigung dadurch herbeizuführen trachtete, daß er den Siedlern vorzuschlag, von ihm die Grundstücke erneut zu kaufen. Erst allmählich gelang es, die aufgeregten Männer und Frauen aus dem Saal herauszubringen. Es wäre zu wünschen, daß bis zur Aufhebung des neuen Versteigerungstermins die Untersuchungsbehörden sich des Falles energisch annehmen.

Bezirksamt Prenzlauer Berg. Am Freitag, den 20. November, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Altesheim, Danziger Str. 62: Volksermittlung aller im Bezirksamt tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wichtige Tagesordnung.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 20. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kauffman. 6.40 Uhr abends: Zehn Minuten für die Frau, 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sport: Hans Samok: „Das Golfspiel“. 7.30 Uhr abends: Sendespiele. Abteilung Oper: Leitung: Cornelis Bronsgeest. Spielzeit 1925/26. 13. Veranstaltung. Die große romantische Oper: „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg“, Oper von Richard Wagner. Dirigent: Georg Szell von der Berliner Staatsoper. Personen: Hermann, Landgraf von Thüringen: Emanuel List; Tannhäuser: Fritz Soot; Wolfgram von Eschenbach: Cornelis Bronsgeest; Walther von der Vogelweide: Alfred Ernesti; Biterolf: Ludwig Flaschner; Heinrich der Schreiber: Heinz Röttenstedt; Reinmar von Zweter: Heinrich Brunner; Elisabeth, Nichte des Landgrafen: Hanna Gorina; Venus: Emmy von Stetten; ein junger Hirt: Gertrud Hirt; vier Edelknaben; Thüringische Ritter, Grafen und Edelleute, Edelfrauen, ältere und jüngere Pilger usw. Handlung: I. Teil: Das Innere des Hirselsberges bei Eisenach. Ein Tal vor der Wartburg. II. Teil: Auf der Wartburg. III. Teil: Vor der Wartburg. Zeiten: Am Anfang des 13. Jahrhunderts. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Film-dienste

Explosion im Pumpwerk Haselhorst.

Benzingase im Sammelbehälter.

Im Pumpwerk Haselhorst bei Spandau hat sich am Mittwoch vormittag eine Explosion ereignet, die erheblichen Sachschaden angerichtet hat, glücklicherweise aber keine Menschenopfer forderte. Die von Siemensstadt, den Deutschen Werken und von Haselhorst dem Pumpwerk zuleitenden Abwässer führten gestern größere Benzilmengen mit sich, so daß sich im Sammelbehälter Explosionsgase bildeten, die sich aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache plötzlich entzündeten. Eine gewaltige Detonation erschütterte die Kläranlage und die starke Betondecke des Sammelbehälters zerbarst. Glücklicherweise befand sich gerade niemand von der Belegschaft in der Nähe des Explosionsherdes, so daß keiner von den Arbeitern des Pumpwerkes zuschaden kam. Die Anlage selbst wurde aber sofort lahmgelegt und der Sammelbehälter tief voll Wasser, da die Pumpen, die die Abwässer auf die Rieselfelder leiten, stillstehen. Um den Abwässern Abzug zu verschaffen, mußte der Notauslaß geöffnet werden. Eine Kommission des Städtischen Entwässerungsamtes ist zurzeit mit der Untersuchung des Unfalles beschäftigt. Vor allen Dingen sucht man festzustellen, von welcher Seite die ungewöhnlich großen Benzilmengen in die Kanäle geflossen sind. Die Wiederaufnahme des Betriebes im Pumpwerk Haselhorst dürfte infolge der notwendig werdenden Bauarbeiten noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Roter Frontkämpferbund und Schupo.

Einen bösen Abbruch fand im vergangenen Sommer eine kommunistische Beerdigungsdemonstration. Nachdem der verstorbene Genosse in Friedrichsfelde beigesetzt worden war, zog ein Trupp des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes unter Trommeln und Pfeifen durch die Große Frankfurter Straße. Ein Aufgebot der Schupo trat dem Zuge entgegen und der wachhabende Leutnant fragte den Führer nach der Genehmigung für einen Musikaufzug durch öffentliche Straßen. Da dieser nicht vorhanden war, wollte der Polizeileutnant die Trommeln und Pfeifen für den weiteren Mißbrauch sicherstellen und beschlagnahmte sie. Die Kommunisten waren jedoch der Meinung, daß es genüge, wenn sie die Musikinstrumente den neben dem Zuge hergehenden Frauen in Verwahrung gäben. Während dieser Verhandlung soll eine Frau auf den Leutnant zugegriffen sein und ihn mit der Trommel und den Trommelstöcken bearbeitet haben. Auch die anderen Kommunisten sollen nunmehr gegen die Schuppobeamten vorgegangen sein, so daß die Beamten energisch vorgehen mußten und so Personen festnahmen, die sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte nebst der Frau D. zu verantworten hatten. Die Angeklagten behaupteten, daß das Ganze erst durch das Vorgehen der Polizei veranlaßt worden sei, die sofort alle mit Gummihäutchen bearbeitet habe. Staatsanwaltschaftsrat Burckhardt war der Meinung, daß es sich hier um eine üble Auschreitungsgehandelt habe, die beinahe zu größeren Folgen hätte führen können. Der Verteidiger war dagegen der Meinung, daß der ganze Vorgang durch das schroffe Vorgehen der Schuppobeamten hervorgerufen worden sei. Das Gericht kam nach längerer Beratung unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Jasper zu der Ueberzeugung, daß der Anführer der Demonstration darin belustigt sei, daß die politische Erregung nicht als Strafverschärfung sondern als Milderung zu betrachten sei. Frau D. wurde zu 3 Monaten Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu 4 bis 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Einige wurden auch freigesprochen. Außerdem stellte das Gericht den Angeklagten nach dem Ausfall der polizeilichen Auskünfte Bewährungsfrist in Aussicht.

Rundgebung der sozialistischen Alkoholgegner.

Am Sonntag, den 22. November, vormittags 9^{1/2} Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Adiktinenten-Bund eine öffentliche Tagung im Werkstatthaus. Wichtige Fragen aus dem Bereiche der Alkoholbekämpfung werden erörtert werden. Genosse Sollmann und Genosse Dr. Druker werden über alkoholgegnerische Gesetze sprechen, wobei Genosse Sollmann u. a. über seine Erfahrungen während der Amerika-Reise berichten wird. Die Genossen Dr. Juliusburger und Dr. Weinberg werden die Paragrafen des neuen Strafrechts, soweit sie sich mit der Alkoholfrage beschäftigen, kritisch behandeln.

Im Fahrstuhl folgequelt. Ein sehr bedauerlicher Unfall ereignete sich am Donnerstag vormittag im Landgericht Charlottenburg, Tegeler Weg 17. Der Obermaschinenführer Reinhold Jahnke, der auch im Hause seine Dienstwohnung hat, geriet bei der Reparatur des Fahrstuhles zwischen Fahrstuhl und Wand, so daß ihm der Kopf total einquetscht wurde. Bevor der Unglückliche aus seiner entsetzten Lage befreit werden konnte, trat der Tod ein. Eine Untersuchung über diesen tragischen Vorfall ist eingeleitet worden.

Der Bund deutscher Bodendreformer hält vom 21. bis 24. November seine 30. Hauptversammlung ab. Die seit Jahren zum erstenmal wieder in Berlin stattfindende Tagung wird ihren festlichen Abschluß in der Feier des 60. Geburtstages von Adolf Damaschke finden. Die Mitgliederversammlung tagt am Sonntag, den 22. d. M., im „Abingold“. Die Vorträge und die Damaschke-Feier finden am Montag und Dienstag, den 23. und 24. d. M. in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, Berliner Straße 172, statt. Zu den Vorträgen und der Damaschke-Feier haben auch Nichtmitglieder Zutritt.

Die Stubenaufräse in Oberschöneweide ist, da die Erneuerungsarbeiten vollständig erledigt sind, für den öffentlichen Verkehr in vollem Umfange freigegeben.

Jubiläum. Genosse Johannes Kauerstein feierte am 15. November seinen 65. Geburtstag. Genosse Kauerstein war unser Parteigenosse seit dem Jahre 1881 ununterbrochen an. Am 25. November feiert die Witwe Julie Grünam in Berlin O., Frankfurter Allee 41, ihren 61. Geburtstag. Sie lebt in dürftigen Verhältnissen mit ihrer 74jährigen ledigen Tochter zusammen.

Von einem Großfeuer heimgesucht wurde am Buhtag mittag die Glasfabrik E. Greiner u. Co. in Demitz-Thumitz bei Bautzen. Infolge Auslaufens einer schadhast gewordenen Glaswanne geriet das Hüttengebäude, in dem sich die Glasflüsterer befinden, in Brand und wurde vollständig in Asche gelegt. Von der etwa 250 Mann betragenden Belegschaft wurden etwa 80 Mann brotlos. Der Neubau wird sich bis zum Frühjahr nächsten Jahres hingelen.

Die Katastrophe des Dampfers „Cenape“. Wie aus New York gemeldet wird, ist bei dem Brande des Dampfers „Cenape“ glücklicherweise nur ein Passagier ums Leben gekommen, 11 wurden schwer verletzt. Die Rettung der 368 Passagiere wurde nur durch die Kaltblütigkeit des Kapitäns und die Disziplin der Mannschaft ermöglicht.

HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL G. M. B. H.

Morgen Sonnabend
Eröffnung unserer

1. Berliner Verkaufsstelle
Große Frankfurter Straße 41-42.

Nähe Alexanderplatz

Möbel in einfacher, gediegener Form
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, Küchen, Einzelmöbel, Hausrat

Preiswert bei weitgehendster Zahlungserleichterung

Elektrizität für Große und Kleine.

Zum Abschluß des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks.

Am 10. April 1924 starb Hugo Stinnes, der Gründer der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. Er hätte sich nicht träumen lassen, daß wenig mehr als ein Jahr später der preussische Fiskus den Aktienbesitz seiner größten und bedeutungsvollsten Gründung „sozialisieren“ müßte; noch weniger, daß sein Kind, die RWE, der Erbe eines großen Teiles seiner Hausmacht sein würde. Das hat auch die Leitung der RWE, als sie im November 1924 ihren Goldumstellungsbericht mit dem Trauerbild des Verstorbenen und einem warmen Nachruf versehen, wohl kaum vorausgesehen. Wenn irgendwo, so hat jedenfalls beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk der große Inflationspekulant Hugo Stinnes ein Werk von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung in die Wege geleitet. Allerdings war das Werk von vornherein nicht rein privatkapitalistisch, sondern gemischt-wirtschaftlich aufgebaut.

Das Werk wurde 1898 mit einem Kapital von 2,5 Millionen gegründet. 1914 hatte es 30 Millionen, in der Goldbilanz von 1924 126,4 Millionen. Heute ist das Kapital auf 140 Millionen erhöht. Verhandlungen mit Amerika (National City Bank) sind abgeschlossen, die dem Werk neue 42 Millionen Mark zuführen werden. Sie dienen der Erweiterung der eigenen Kohlenbasis und dem weiteren Ausbau der Werke.

Die Ausdehnung des Wertes.

Der Jahresbericht für 1924/25 zeigt deutlich, wie innerhalb knapp 30 Jahren das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk zu einem Hauptstützpunkt der Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft geworden ist. Nach Süden hat es eine 220.000-Volt-Leitung im Bau, die in absehbarer Zeit über die Mainfränkische Höchst die Verbindung mit den Süddeutschen Wasserkraften herstellen wird. Die Leitung nach Osten greift über Osnabrück nach Niederachsen hinaus. So ist die Verbindung der gemächlichen Kraftquellen des Südens, des Nordwestens und Mitteldeutschlands nur noch eine Frage der Zeit. Ihre große innere Bedeutung erhält die nordwestdeutsche Kraftgruppe durch ihren finanziellen Aufbau (sie ist ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen von Industriellen, Städten und Landkreisen), ihre Grundlage auf der Braunkohle und Steinkohle und die Verknüpfung der Gasversorgung mit der Stromlieferung im Zusammenhang mit der Verkokung der Kohle in der Industrie. Wenn heute der Plan einer Weltstadt an der Ruhr ganz ernsthaft erwogen wird, so bildet das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk mit seinen über 1000 Kilometer Höchstspannungs-, seinen reichlich 10.000 Kilometer Mittel- und Tiefspannungsleitungen, seiner Gasfernversorgung und den aus einheitlicher Quelle gespeisten Klein- und Straßenbahnen eine der wichtigsten materiellen Grundlagen dazu.

Die Stromabgabe von 1924/25 hat mit 1099,47 Millionen Kilowattstunden die Milliarde beträchtlich überschritten. Gegenüber der bisherigen Höchstleistung (1922/23 mit 989,4 Millionen) beträgt die Steigerung 11 Proz. Im größten der Kraftwerke, dem auf die Braunkohle der Roddergrube gestützten Goldenberg-Werk, liegt einschließend der neu aufgestellten 50.000-Kilowatt-Turbine eine Kraftleistung von 290.000 Kilowatt. Die übrigen Kraftwerke, wesentlich als Spitzenwerke von Seidenberg auf Steinkohle gestützt, haben heute eine Maschinenleistung von 185.000 Kilowatt. Im letzten Jahre wurde die bereits technisch angebaute

Von der Ufa.

Ist die Universum Film A.-G. gefährdet?

Die „Ufa“, das größte Filmunternehmen Mitteleuropas, ist ein Kriegs- und Inflationskind, das zu Kriegspropagandazwecken vom Staat unterstützt und erst im Jahre 1918 zu der großen Filmgesellschaft geworden ist, als die sie heute da steht. So sind die Zeiten der Stabilisierung auch für die Geschäftsführung der Ufa entscheidend darüber, wie sich die Gründung bewährt. Die Goldbilanz vom 1. Juni vorigen Jahres machte einen guten Eindruck. Die ungeheure Ausdehnung des Betriebes, der über 116 Theater, 5 Verleihgesellschaften und die zwei großen Produktionsstätten in Tempelhof und Neubabelsberg verfügt, schien rein finanziell die Aufwertung des Goldkapitals von 25 auf 45 Millionen durchaus zu rechtfertigen. Um so bemerkenswerter ist die in den letzten Wochen zutage getretene, allerdings etwas sensationell aufgemachte Kritik des Unternehmens, die es so erscheinen läßt, als ob das Riesenunternehmen gefährdet wäre.

Die Öffentlichkeit hat an der Ufa um so größeres Interesse, als die Filmindustrie kulturell auf tiefste in das Volkstleben eingreift und insbesondere die Filmproduktion Tausenden von Arbeitern Beschäftigung gibt. Authentisches über die Lage bei der Ufa zu erfahren, ist sehr schwierig infolge der Zurückhaltung der Verwaltung, und weil die Abschlussbilanz für das Geschäftsjahr 1924/25 merkwürdigerweise immer noch aussteht. Angesichts der Bedeutung des Unternehmens, an dessen finanziellem Schicksal neben der Deutschen Bank, die annähernd 20 Millionen Kredite gewährt hat, eine große Anzahl anderer Banken interessiert sind, ist es aber nötig, die Zusammenhänge zu beleuchten, die die Grundlage der heutigen Kritik bilden.

Die geschäftliche Lage der Universum Film A.-G. ist tatsächlich seit einiger Zeit durchaus nicht mehr rosig. Die Deutsche Bank hat zwar ihren Kredit von 20 Millionen nicht gekündigt, so daß daraus keine unmittelbaren Schwierigkeiten drohen. Tatsache aber ist, daß sie weitere Kreditgewährung verweigert hat und in absehbarer Zeit die Tilgung der Kredite erwartet. Auf der anderen Seite steht es fest, daß die Filmproduktion der Ufa enorme Mittel verfahren hat und noch weitere Millionen zur Fertigstellung der begonnenen Arbeiten erfordert. Ebenso war die Ufa in den letzten Monaten, nachdem sie offenbar auf das Fortströmen der Bankkredite gerechnet hatte, nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen in so platter Weise nachzukommen wie bisher. Auch die Gewinne, die die Aktionäre für das Jahr 1924/25 erwartet haben, sollen bei weitem nicht erreicht sein, so daß es entweder überhaupt

Verbindung mit den Tochtergesellschaften der Bohmeyer-Gruppe auch finanziell durch maßgebenden Aktienverkauf an der Ufa für Energiewirtschaft Berlin überbaut. Die Wasserkraft G. m. b. H. Niederhausen a. d. Rode wurde erworben. An der Eiselfraustrafwerk A.-G. und an der Frankfurter Gasgesellschaft wurden starke Minderheitsbeteiligungen genommen.

Gegenüber der Entwicklung der Kraftzeugung ist die Gasfernversorgung weniger stürmisch, offenbar wegen der geringeren Bedeutung der Industrieabnehmer und infolge der Ausdehnung der Kraftverwendung für Licht- und Heizungszwecke. 1924/25 betrug die Gasabgabe der Gasfernversorgung 61,5 Millionen Kubikmeter.

Der geschäftliche Abschluß.

In der Bilanz spiegelt sich das Ausdehnungstempo der RWE. deutlich wider. Der Wert der eigenen Betriebe ist mit 207,5 Millionen Mark um 22 Millionen höher als in der Goldbilanz (185,1 Millionen). Die Beteiligungen sind um rund 12 Millionen auf 58,4 Millionen erhöht. Der Abschreibungsfonds, der als Erneuerungsfonds unter den Passiven geführt wird, ist um 9,9 Millionen auf 101,2 Millionen gestiegen. Die Forderungen (23,9 Millionen) überdecken die Gläubiger (19,1 Millionen) um fast 5 Millionen Mark. Das Aktienkapital ist um die im Dezember 1924 beschlossene Kapitalerhöhung von 13,6 Millionen auf 140 Millionen erhöht. Die ordentliche Reserve beträgt 30,4 Millionen Mark.

Aus den Eigenwerken und den Beteiligungen weist die Gewinn- und Verlustrechnung Betriebsgewinne von 30 Millionen Mark aus. Von den 15 Straßen- und Kleinbahnen schlossen nur drei mit kleinen Verlusten ab (insgesamt 67.000 Mark). Als gemischt-wirtschaftliche Unternehmung (im Gegensatz zu den reinen Kommunal- und Staatsbetrieben) sind die RWE. steuerpflichtig. Verwaltungskosten, Steuern und Zinsen erfordern 7,26 Millionen. Mit Berücksichtigung der Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 12,03 Millionen Mark, aus dem 8 Proz. Dividende und auf den über 60köpfigen Aufsichtsrat 642.816 Mark Lantieme gezahlt werden.

Der Kleinverbrauch bezahlt den billigen Strom der Industrie.

Wie die starke Ausdehnung der Elektrizitätserzeugung und -verwendung in Deutschland überhaupt, so ist die Entwicklung der RWE für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet im besonderen erfreulich. Im höchsten Maße merkwürdig berührt aber die Kleinliche Preispolitik, die zum Nachteil des kleinen Massenkonsums die Großabnehmer der Industrie bevorzugt. Nach dem Geschäftsbericht wurden die Licht- und Kraftpreise für Kleinabgabe hochgehalten, um bestimmten Industrien „den schweren Wettbewerb zu erleichtern“ und um die Errichtung von „Eigenanlagen auszuschalten“. Da die Kleinabgabe gegenüber der Großabgabe verhältnismäßig gering sein wird, ist klar, wie beträchtlich billiger der Kleinverbrauch beliefert werden könnte, wenn der Kleinverbrauch die „außerordentlich verringerten Verkaufspreise“ an die Großabnehmer nicht finanzieren müßte. Das ist für ein gemischt-wirtschaftliches Werk, in dessen Aufsichtsrat reichlich 40 Behördenvertreter sitzen, ein Zustand, der scheitern muß.

nicht zur Dividendenauszahlung oder nur zu einer sehr bescheidenen Dividende kommt. Unter diesen Umständen ist durchaus nicht die Gefahr von der Hand zu weisen, daß das Unternehmen sanierungsbedürftig wird. Wenn auch nicht zu fürchten ist, daß auf die Dauer die gesamte Filmproduktion in Auslandshände übergeht, weil die auf deutschen und europäischen Bühnen spielbaren Filme von Amerikanern nur zu einem kleineren Teile hergestellt werden können, so würde doch die vorübergehende Stilllegung der deutschen Filmproduktion für Tausende von Arbeitern und Arbeitslosigkeit auf lange Zeit bedeuten.

Wie wir nun von beteiligter Seite erfahren, hofft die Verwaltung der Ufa auf das Bestimmteste, daß die Schwierigkeiten absolut vorübergehender Natur sind. Die gegenwärtige finanzielle Anspannung sei — so versichert man — ausschließlich auf die starken Investitionen zurückzuführen, die die diesjährige Saisonproduktion erfordert habe. Die neuerlichen Ausdehnungen des Verleih- und Theatergeschäfts in Schweden, Dänemark, Polen und Italien und in einigen Städten Deutschlands seien nichts als Kredite, sondern aus den laufenden Ueberflüssen der Theater finanziert worden. Die Bankkredite seien ausschließlich als Produktionskredite verwendet worden, und man hoffe mit aller Bestimmtheit, bis zum Ende dieses Jahres einen Teil der Bankkredite und bis spätestens 31. Mai des nächsten Jahres die Gesamtheit der Kredite zurückzahlen zu können. Die Kritik, die an der Verwaltung geübt werde, entspringe sehr stark persönlichen Motiven. Wenn die demnächst herauskommende Bilanz für das letzte Geschäftsjahr auch deutlich eine finanzielle Anspannung erkennen lasse, so sei der Stand des Ufa-Konzerns doch durchaus aktiv.

Man wird nun das Kommuniqué abwarten müssen, das anlässlich der noch in dieser Woche stattfindenden Aufsichtsratsitzung veröffentlicht wird, und vor allem die Bilanz, die der Generalversammlung im Dezember vorgelegt werden wird. Unter den 24 Mitgliedern des Aufsichtsrats befinden sich nicht weniger als 15 Vertreter von Berliner Großbanken und sonstiger großer privater Banken. Nach den bisherigen Erfahrungen darf man sich leider nicht darauf verlassen, daß diese Kontrolle durch die Großbanken schon eine genügende Gewähr dafür ist, daß Großunternehmungen wie die Ufa auch sorgfältig genug geleitet werden. Die Filmgroßindustrie, die zugleich Filmproduktion, Verleihgeschäft und Theater betreibt, ist vollständig darauf angewiesen, daß die von ihr erzeugten und gespielten Filme Kassenerfolge sind und dem Publikum gefallen. Auf der anderen Seite gibt es für das geschäftliche Gelingen solcher Riesenunternehmungen keine anderen

Garantien als die persönlichen Qualitäten ihrer Kaufleute und Finanzmänner, ihrer Regisseure und die Jugkraft ihrer Filmstars. Von der Spielbarkeit und Jugkraft der Filme hängt es ab, ob das investierte Kapital nicht eines Tages gefährdet und die millionenfähigen Belegkassen auf Pfahler geworfen werden. Diese Grundbedingungen für den Erfolg großer Filmunternehmungen scheint die Ufa-Verwaltung nicht genügend beachtet zu haben.

Aus mit dem Preisabbau. Die auf den Stichtag des 17. November berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 11. November (119,9) um 0,9 Proz. auf 121,0 gestiegen. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Schmalz, Zucker, Heringe, Treibriemensleder, Baumwolle, Baumwollgarn, Rohwolle und Zinn. Niedriger lagen die Preise für Butter, Schweinefleisch, Baumwollgewebe, Hanf, einige Nichterzeugnisse und Gasöl. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 112,8 auf 114,5 oder um 1,5 Proz. angezogen, während die Industriestoffe mit 133,0 (Vorwoche 133,1) nahezu unverändert blieben.

Starke Zunahme der Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien. Die Anzahl der für Frankreich genehmigten Sachlieferungsverträge ist im Oktober stark gestiegen. Waren im August und September je etwa 130 Verträge genehmigt worden, so ist die Zahl — immer ohne Berücksichtigung der Kohlenverträge — im Berichtsmonat auf etwa 250 gestiegen. Der Wert der Bestellungen — ohne Kohlen- und Farbstofflieferungen — beläuft sich in diesem Monat auf insgesamt etwa 17,9 Millionen Reichsmark, wodurch sich der Gesamtbetrag der hier in Frage kommenden Bestellungen für Frankreich seit dem Inkrafttreten des Sachvertragsgerichts auf 135,7 Millionen Reichsmark stellt. Von den im Oktober genehmigten Verträgen betreffen 84 im Gesamtwert von etwa 3,4 Millionen Reichsmark die Lieferung von Schafen, Rindern und einigen Pferden. Die Anzahl der Holzverträge beläuft sich auf 22 mit einem Gesamtwert von etwa 1,2 Millionen Reichsmark. Die sonstigen Verträge betreffen überwiegend Erzeugnisse der Maschinenindustrie. Im wesentlichen sind die zerstörten Departements Aufnahmegebiet für die Lieferungen. — Für Belgien sind im Monat Oktober 48 Verträge im Gesamtwert von 2,9 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Anzahl und Wert der belgischen Verträge ist mithin gegenüber dem Vormonat um etwa das Doppelte gestiegen. Der Hauptteil der Sachlieferungen entfällt auf einen Vertrag über die Lieferung von 10.000 Tonnen Schwefelsäurem Ammoniak im Werte von 2,3 Millionen Reichsmark. Bei einigen wenigen Verträgen sind staatliche Verwaltungen Besteller. In der Hauptsache indessen sind die Verträge mit belgischen Privatfirmen abgeschlossen.

Reichsbank. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 14. November hat sich die Wechselanfrage weiter um 31,3 Mill. auf 1443,0 Mill. RM. vermindert; zwar sind die an die private Wirtschaft gegebenen Wechselkredite um 8,7 Mill. RM. gestiegen, dagegen wurden 40 Mill. RM. an öffentliche Stellen neu redistriert, wodurch sich die Gesamtredistriertierungen auf 686,2 Mill. RM. erhöhten. Der Lombardbestand blieb nahezu unverändert. An Reichsbanknoten sind 118,8 Mill. an Rentenbankscheinen 53,5 Mill. RM. in die Kassen der Bank zurückgeführt. Der gesamte Goldumlauf am 14. November beträgt unter Hinzurechnung von etwa 190 Mill. RM. Privatbanknoten und 550 Mill. RM. Scheidemünzen rund 4665 Mill. RM. gegen rund 4716 Mill. RM. am 15. Oktober. Die Zinssätze an Zahlungsmitteln führten zu einer Vermehrung der fremden Gelder um 134,7 auf 832,7 Mill. RM., wie in der Vorwoche in der Hauptsache infolge Anwachsens der öffentlichen Guthaben. Der Bestand an Gold und bedienungsfähigen Devisen vermehrte sich um 14,3 auf 1582,2 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein hat sich von 45,1 Proz. in der Vorwoche auf 47,2 Proz. die Deckung durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 58,6 Proz. auf 61,8 Proz. gebessert.

Stellung von Saatgutfkrediten. Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft infolge der Kreditnot haben die preussische Staatsregierung veranlaßt, im Einvernehmen mit der preussischen Zentralgenossenschaftskasse den Landwirten in der Rückzahlung der Saatgutfkredite entgegenzukommen. Für 55 Millionen RM., d. i. etwa die Hälfte der von der Landwirtschaft in Anspruch genommenen Saatgutfkredite, wird der Fälligkeitsstermin in der Weise hinausgeschoben, daß die Rückzahlung für 25 Millionen Mark erst bis zum 16. Februar 1926 und für den Rest von 30 Millionen RM. erst bis zum 1. Dezember 1926 erfolgt sein muß. Die übrigen Saatgutfkredite müssen zu ihrem bisher geltenden Fälligkeitsstermin, d. i. für die von der Seehandlung stammenden Mittel der 23. Dezember d. J., und für die übrigen Kredite der 31. Dezember d. J., abgedeckt sein. Eine Zinsverbilligung findet für die am 1. Januar 1926 noch nicht zurückgezählten Kredite nicht mehr statt.

Verlängerung der Mittelstandskredite. Als Kredite für den gewerblichen Mittelstand hatte die Reichspost Anfang Mai d. J. über die Preussische Staatsbank der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der Dresdner Bank und dem Deutschen Sparfassen- und Giroverband Mittel zur Verfügung gestellt. Diese Beträge sind den genannten Instituten auf weitere 6 Monate zu dem gedachten Zweck überlassen worden. An dem geschäftlichen Charakter der Kredite wird nichts geändert. Die aus den vorerwähnten Mitteln gegebenen und demnächst fällig werdenden Darlehen werden daher aus Anlaß dieser Prolongation im Einzelfalle den Gewerbetreibenden nur dann gestundet werden können, wenn die baldige Rückzahlung sich als eine besondere Härte für den Darlehensnehmer erweisen würde. Die an die Kreditgenossenschaften oder Sparkassen etwa zurückfließenden Gelder können an andere Kreditnachfrager gemäß den aufgestellten Richtlinien ausgeteilt werden.

Starke Zunahme der Innungsorganisationen. Nach einer Statistik des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsverbandes hat in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Innungen sich nahezu verdoppelt; sie stieg von 1904 mit 9829 auf 17.453 in diesem Jahre; besonders stark sind die Zwangsinnungen angewachsen, die sich mehr als verdreifacht haben. Sie nahmen von 2086 auf 10.367 zu, während die Zahl der freien Innungen nur von 6843 auf 7066 gestiegen ist. Auch das Anwachsen der Mitgliederzahl der Innungen zeigt den steigenden Zusammenschluß der Handwerker zu Innungsverbänden. 1904 gehörten den 3.000 Innungen 210.048, in diesem Jahre hingegen 666.732 Mitglieder an. Die Zahl der in freien Innungen Organisierten ist von 234.665 auf 243.506 angewachsen. Waren 1904 nur knapp die Hälfte, nämlich 46,7 Proz. der organisierten Handwerker von den Zwangsinnungen erfasst, so betrug die entsprechende Zahl in diesem Jahre 73,2 Proz., also fast drei Viertel der in Innungsverbänden zusammengeschlossenen Handwerker.



Henkel's Scheuerpulver

Unerreicht in seiner vielseitigen Wirkung ist dies ausgezeichnete Mittel. Es ist die beste Arbeitshilfe der Hausfrau in Küche und Wirtschaft.

Ata putzt und scheuert alles!

HERZ UND NERVEN

stärken unsere weltbekannten
„Zeo“ - Kohlensäure- und Sauerstoffbäder
 Man befrage den Arzt und erhalte die Schutzmarke „Zeo“ überall. Gänzliche Erfolge werden bei Nachkuren erzielt.
KOPP & JOSEPH, BERLIN W.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
 8 Uhr
Judith
 Morgen 8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig

Staats-Theater
 Opernhaus
 12 Uhr **Mittagskonzert**
 7 1/2 Uhr: 3. Sinfonie-Konzert
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Barb. v. Sevilla
 Schauspielhaus
 8: Nathan d. Weise
 Schiller-Theater
 8 Uhr: Dr. Klaus

Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 Uhr
Die Bohème
 Abonnements-Tournee IV

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr
Der Kreidekreis
 von Klabund

Kammerspiele
 8 Uhr
Sechs Personen suchen einen Autor
 von Pirandello
 Regie: M. Reinhardt

Die Komödie
 Karlsruhlandamm 207
 8 Uhr

Gesellschaft
 v. John Galsworthy
 Regie: M. Reinhardt

Großes Schauspielhaus
 Täglich 8 1/4 Uhr
Fin Dich!
CHARELL-REVUE!
 300 Mitwirkende
 Parkett M. 6.-, Rang M. 8.-
 1.ter Rang M. 1.50, Loge M. 7.-
3ter Rang 75 Pf.

Komische Oper
 8 1/4 Uhr
 Dir.: James Wien
Größte Revue der Welt
Von A bis Z
 Parkett 6.- M.
 Preise 2.- bis 12.- M.
 (Logen 15.- M.)
 Sonntag nachm. 3 Uhr
 Jeder Erwachsene 1 Kind frei
 Halbe Preise
 Vorverkauf ununterbrochen

WINTERTHEATER
 November - Sensationen!
 auf allen Gebieten der internationalen Varieté-Kunst
 Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr - halbe Preise
 Rauchen gestattet

Täglich 8 1/4 Uhr
Theater im Admiralspalast
HALLER-REVUE
Achtung Welle 505!
60 BILDER!
 II. Rang v. 2.-, Park. v. 4.-, Log. v. 8.-
 Morgen nachm. 3 1/2 Uhr
Kinder-Revue
„Alle Puppen tanzen“
 Keine Preise: 0.50, 1.-, 1.50 u. u.
 Vorverkauf ununterbrochen.

Circus Busch
 Täglich 7 1/2 Uhr
 Der neue gewaltige Erfolg
 Manege-Wass.-Sensationsstück
Der Graf von Monte Christo
 Romant. Ausstattungsschau 12 Bild.
 Während der ersten 7 Bilder ist die Manege unter Wasser.
 Titelrolle: Henry Pleß.
 Vorher: Neue November-Sensationen

Berliner Uik-Trio
 Neukölln, Lahnstr. 74/75 I

Täglich 8 1/4 Uhr
HALLER-REVUE
 Theater im Admiralspalast
„ACHTUNG! WELLE 505!“
 II. Rang von 2 Mk., Parkett von 4 Mk., Logen von 8 Mk.
Hinder-Revue
 Sonntag und 3 1/2 Uhr
Alle Puppen tanzen
 Kleine Preise: 0.50, 1.-, 1.50 u. u.

Central-Theater
 8 Uhr
Trieschübel

Metropol-Theater
 Täglich 8 Uhr
 D. r. We terfolg:
NO NO NANETTE

Residenz-Th.
 8 Uhr
Circus Heirat
 Hosterberg, Sabo Engers, Mattoni
 Süd. 3 1/2 U. (Kl. Pr.)
 Schneewittchen

Thalia-Th.
 8 Uhr
Annemarie
 Lotte Neumann Dora, Basel

Anneliese von Dessau
 S. d. 3 1/2 U. (Kl. Pr.)
 Rotkäppchen

Theat. d. Westens
 Das große Operettenhaus
 Tägl. 8 Uhr
Leo Seidl und Ed. Lichtenstein
 als Gast in
Der Orlow

Theater in der Hosierrstraße 43
 8 Uhr
Xaver Terofal
Der Ehestreik
 mit d. Schillerseer Bauerntheater

Deutsches Kunst-Theater
 Tägl. 8 1/2 Uhr
 Gastspiel
Fritz Massary: Die Teresina
 Th. a. Karlsruhlandamm
 8 Uhr
Wenn ich wollte ...!
 Th. v. Schiffbauerdamm
 Tägl. 8 Uhr
Die jüdische Witwe
 Lustspielhaus
 8 Uhr
Potesch & Perlmutter
 II. Teil
 Potesch & Perlmutter k. Film
Wallner-Theater
 Tägl. 8 Uhr
Fäden

Barowsky-Bühnen
Theater in der Hosierrstraße 43
 Heute bis Mont. 8:15
 Täglich zu Mattheusalem
 I. Abend
Die Trübsal
 Th. U. zum 1. Mal
Heinrich IV.
 Sonntag, Mont. & Dienstag
Homboldtheater
 Tägl. 8 Uhr
Rapt oder Schrift!

Theater Zoo
 Täglich 8 1/2 Uhr
Olly-Polly
 Operette von Kulo
Erna Nitter
Curt Bois
 Parkettpl. v. 2.-12 M

Castro-Theater
 Täglich 8 Uhr
 Neu! Neu!
Die Frau im gefährlichen Alter
 Vorher das Nach-Programm
 Volkstüml. Preise

Elite-Sänger
 Kottbuser Str. 6 - Tel. Mpl. 160/77
 Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen)
Klubfreunde musik. Auftr. & Darst. alle Vorischn. Lehr- u. Lebensab. 11
 Zum Schluss: 77 Jugendsünde 77
 wie der unergleichen Rollen.

HEUTE URAUFFÜHRUNG

GRÄFIN
Mariza

nach der weltbekannten Operette von Emmerich Kálmán

Manuskript: Max Glab
 Regie: Hans Steinhoff

In den Hauptrollen:
 Harry Liedtke, Vivian Gibson
 Colette Brettel, Fritz Spira
 Robert Garrison, Wilh. Diegelmann, Ernst Verebes

Fabrikat: Terra-Film

UFA-THEATER
KURFÜRSTENDAMM

Wochentags: 7, 9 Uhr. Sonnabends, Sonntags: 5, 7, 9 Uhr
 Vorverkauf täglich 12-2 Uhr
 Der Film läuft außerdem täglich im Ufa-Theater Alexanderplatz

Th. a. Mollendorfpl.
 Täglich 8 Uhr
Der letzte Kuß
 Inszeniert von Rob. Walthers
 Fab. Weismann, Harnisch, Fida, Engl, Rath, Kyr

Herrnfeld
 im Intimen Theat.
 Bühnenstr. 6, Tag & Nacht
Stall Levy mit 9
 Turfkomödie
 v. Anton Herrfeld

Circus Busch
 Heute sowie 7 1/2 Uhr
 Der neue Erfolg:
 Manege-Wassersensationsstück
Der Graf von Monte Christo
 Romant. Ausstattungsschau
 in 12 Bildern.
 Während der ersten 7 Bilder ist die Manege unter Wasser.
 Titelrolle: Henry Pleß
 Vorher: Neue November-Sensationen

Pollo-Theater
 Die Müllerin von Sanssouci
50. MONATSRATEN
 beginnend u. klein
 Anzahlung für ein
PIANO
 direkt v. Fabrikant
 der
DEMUSIN PIANO FABRIK
 0 27, Blumenstr. 70
 an der Markusstr.
 Verkauf 9-7.
 Besuchen Sie uns
 oder verlangen Sie
 sofort kostenlos
 Piano-Katal. Preis-
 liste, Zahlungsbed.

Reichshallen-Theater
 8 Uhr - Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Regie: „Der Babikopf“
 Burleske von Meysel
 (Reichshallen-Preis, viele Anstufg.)
Dönhoff-Brettli
 Das beliebte Berliner Familien-Varieté
 in der Tierschen-Tour, Sonntag 4 am Felken-Orchester

Stellenangebote!
 finden im Vorwärts!
 Beste Beachtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder!
 Genie, Freitag, den 20. November:
Sitzung
 der mittleren Ortsverwaltung.

Achtung! Offiz., Revolverdehler u. Kundschleifer sowie Dreherinnen.
 Dienstag, den 24. November, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienente. 63.65:
Verammlung
 der arbeitsl. Branchenangehörigen.
 Ohne Verbandsausweis kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

WALHALLA
 Winterop. an Sonntag
 Heute u. folgende Tage
Gz. Ringkampf-Konkurrenz
 Internat. Ringen von Welt u.
 Anfang 8 Uhr u. Preise 1, 2, 3 M

Photoapparate, Feldstecher
 kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

So wunderbar elastisch
 geht ein Sechzigjähriger auf der neuen, Wärme erzeugenden Kautschuk-Einlegesohle gegen Kälte und nasse Füße, denn er kennt den Rheumatismus nur aus Büchern und Gesprächen. Auch von Husten, Schnupfen, Grippe und anderen Erkältungskrankheiten bleibt er verschont.
 Kautschuk-Einlegesohlen 1.25 Mark; Damen-Sohlen 1.50 Mark; Herren-Sohlen 1.75 Mark das Paar.
 Bühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt das viermillionenfach bewährte Kautschuk-Bühneraugen-Pflaster. Dichtung 75 Pf. Erhältlich in fast jeder Apotheke und Drogerie.



DIE NEUE GROSSMACHT

DER FILM DER INTERNATIONALEN ARBEITER-OLYMPIADE ZU FRANKFURT

Regie: Wilhelm Prager
 Hersteller: Deutscher Werk-Film G.m.b.H.

URAUFFÜHRUNG

ab 20. November 1925
 in folgenden Berliner Theatern

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------|
| Rich.-Oswald-Lichtsp., Kantstr. | Filmpalast, Niederschöneweide |
| Kant-Lichtspiele, Charlottenbg. | Colosseum, Schönhauser Allee |
| B. T. L. Potsdamer Straße | Alhambra, Badstraße |
| B. T. L. Alexanderplatz | Welt-Theater Moabit |
| B. T. L. Friedenau | B. T. L. Turmstraße |
| Filmburg, Steglitz | Film-Palast, Tegel |
| Alhambra, Schöneberg | Theater am Moritzplatz |
| Flora-Lichtspiele, Steglitz | Filmexk, Skalitzer Straße |
| Deutsches Theater, Steglitz | Alhambra, Koppenstraße |
| Union-Theater, Lichterfelde | Passage-Theater, Neukölln |
| Theater d. Weddings, Müllerstr. | Concordia-Palast, Spandau |
| Noack-Lichtspiele, Brunnenstr. | Kaiserhof-Lichtspiele, Köpenick |
| Film-Palast, Niederschönhausen | |

JEDER DEUTSCHE

sollte sich von dem überwältigenden Eindruck dieses imposanten Filmwerkes überzeugen!!!

Günstiges Weihnachtsgeschenk

Solange Vorrat reicht, diese

- 11 Aluminiumtöpfe 10 Mk. franco (geg. Vorkasse oder Nachnahme) und zwar:
 - 5 Schmoröpfe m. Deckel 1/2, 1, 2, 3, 4 Liter Inhalt, sowie
 - 6 Milchöpfe m. Zierrand

Außerdem liefern auf Wunsch mit:
 Schmoröpfe 3 Liter Inhalt . . . 2.50 Mk.
 6 Liter Inhalt . . . 3.- Mk.
 pro Stück.

Schmoröpfe m. isolierten Holzgriffen pro Topf 5 Pf. mehr
 Anlässlich des 25-jährigen Fabrikjubiläums gebe ich ca 100 00 Töpfe zu billigem Preise als Reklame ab

Metallindustrie H. Seithe
 Holthausen b. Plettenberg Nr. 234.
 150 Arbeitsmaschinen - 3000 qm Fabrikräume.
 Bedingung: Inserat belegen. - Hauptkatalog wird jeder Sendung beige 6 Pf. - Lieferant höchster Staatbeamter
 Postcheckkonto Köln 2398.



Ein blauer Kerl Seiner Majestät.

Von Uskanow.

Wiewohl Marcellin Jarfang, seines Zeichens Notariatsgehilfe in Budapest, jeglicher Sinn für militärische Meriten abging, und wiewohl besagter Marcellin die Gloire des Preußenkönigs Friedrich II. herzlich gleichgültig war, wurde es ihm durch die Eigenart der damaligen Zeitläufte vergönnt, unter schwarzweißen Fahnen zu kämpfen und verprügelt zu werden.

Im Dezember 1765 nämlich — Marcellin befand sich eines knifflischen notariellen Falles wegen in Breslau — erregte er durch seine adrette Lebensführung die Aufmerksamkeit des preussischen Werbeleutnants von Burska, der mit kundigem Blick sofort feststellte, daß für Marcellin ein Platz unter den Potsdamer Garderegimenten schon lange reserviert war.

Und da Jarfang edler feuchtfrohlicher Geselligkeit durchaus nicht abgeneigt war, und Herr von Burska ein distinguiert Charakter zu sein schien, begab es sich, daß beide in der „Schwarzen Krähle“ ihr Herz für einander entdeckten und miltän brüderlich zusammen polustierten. Und jedesmal, wenn Marcellin Ergötzliches aus den Budapester Tavernen erzählte, lachte Herr von Burska mit verkniffenem blauen Blick dröhnend: „Hoh, hoh...! Charman...! Charmante Anekdote, Rusjöh Jarfang!“ Und hieb dabei so ausgelassen auf den Tisch, daß der Puder seiner Perücke fast stäubte. Und so oft der Werbeleutnant von den Trinksitzen in den Berliner und Potsdamer Bierstuben berichtete, schmetterte Marcellin, während seine schwarzen Augen sich tugelrund weiteten, ein helles, zugleich etwas fassungsloses Lachen heraus und schlang den Arm um die blaue, bereits abgenützte Montur des Offiziers: „Bringst Du mich aber zum Lachen, Brudär...! Brudärherz!“

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß man an jenem Abend im besten Einvernehmen einer Flasche nach der anderen den Hals brach, aber nicht unerwähnt soll bleiben, daß Herr von Burska als Mann von bester Lebensführung die gesamte Beche beglich, ja, daß er sogar unserem Marcellin einige Friedrichsdors undemerkte in die Tasche steckte. In vorgerückter Stimmung äußerte Jarfang den Wunsch, die Reize der galanten Damen von Breslau näher kennen zu lernen. Herr von Burska versprach außerordentliches und führte ihn zu einer verschlossenen Kutsche.

Wenn doch Marcellin gewußt hätte, daß er in wenigen Tagen eine preussische Flinte statt einer gefälligen Demoselle im Arm halten würde! —

Aber diese Wendung ahnte Jarfang selbst dann nicht, als man ihm in der Kutsche plötzlich eine betäubend riechende Binde um das Gesicht warf. „Aber was machst Du da, Brudär...!“ vermochte er gerade noch zu stammeln. „Halt Er's Maul!“ ermahnte ihn barsch, wenigstens auch gelassen, Herr von Burska, der seinem Könige wieder einmal einen prachtvollen Grenadier, sich selbst ein mächtiges Douceur verschafft hatte.

Als Marcellin in Potsdam wieder die Besinnung erlangt hatte, hätte er sie beinahe wieder verloren. Er sah sich in einem Sammellager für Rekruten abgeladen und mußte daraus erkennen, daß man sich mit der Absicht trug, ihn in die preussische Armee einzuliefern. „Maria und Josef, was ist denn das?“ — „Ein preussisches Kasernem u.“ erwiderte Burska gelassen. — „Malesizsanalle, Räuber, Schnapphahn...!“ — Der Leutnant zeigte einen furchtbaren Gleichmut: „Menagier Er sich, Bursche. Meine Väter haben Pflorsdorf geknapppt, ich schnappe Rekruten.“ Dann schrie er über den Hof: „Bellow, Bellow, wo steckt Er?“

Der, welcher auf diesen Namen hörte und deshalb eiligst angeht, war preussischer Korporal und trug zum Zeichen seiner Qualitäten Tressen am Kragen und einen Haselnußstod unter dem Arm. „Zur Stelle, Herr Leutnant“, meldete er mit etwas verquollener, aber dennoch hinreichend schneidiger Stimme. Dann blieb er starr, ferngradig, mit leicht gepreitzten Beinen stehen und blickte mit seinem braunrot geerbten Ruchnackergeflücht ergebenst auf seinen Herrn und Gebieter, der sich folgendermaßen vernehmen ließ:

„Ein Neuer, Bellow, und ein Renitenter obendrein, wie es scheint. Man wird sich dieses Subjekts annehmen müssen, Bellow, man wird die Augen aufpassen müssen. Hat Er die Posten laut Regiment aufziehen lassen? — Stinkt er etwa nach Schnaps, Bellow? — Sind die Hunde gelöst, die Gatter geschlossen? Ich will stark hoffen, Bellow, was hier nur nach Schnaps stinken mag? — Ich will stark hoffen, Bellow, daß Er dieses renitente Subjekt mit vieler Attention erziehen wird. Loß Er diesem Kujon sofort Arbeitsmontur verzapfen, drücke Er ihm eine Riffforkte in die Hand und donn in den Stall mit ihm. — Aber Er ist ja besoffen, Bellow! — Abgetreten!“

Und Herr von Burska passierte mit wippendem Degen, das spanische Rohr mit dem Silberknopf unter den linken Arm geklemmt, das Gatter, alswo ein Grenadier mit hoher Blechmütze ihm stierend die Honneurs erwies.

Bellow aber, mit kuckelnder Gerte, stieß Marcellin in den Stall. Draußen auf dem Ager lärmten Querspeisen und Trommeln wie toll: „So leben wir, so leben wir...“

Marcellin trägt nun den blauen Ligenrock, die weißen Gamaschen und die hohe Blechmütze eines preussischen Garderegimentiers. Marcellin lernt auch unter den Anweisungen und Fuchseln Bellow's die Hantierung an und mit der Flinte kennen. Im Marcellin's Brust schlingt sich das weißlederne Bändel der Patronentasche, und der Kar aus Messing darauf, der spreizt seine Hänge, gleißt — sofern er mit Sand und Öl gepußt — und behauptet, nicht einmal der Sonne weichen zu wollen. An seiner linken Seite führt Marcellin einen kurzen Säbel, aber den muß er hübsch in der Scheide lassen, selbst dann, wenn Bellow mit der Haselnußgerte auf ihn einläßt und dabei den Wunsch äußert, den Hundsboll Jarfang mal krummschießen zu lassen.

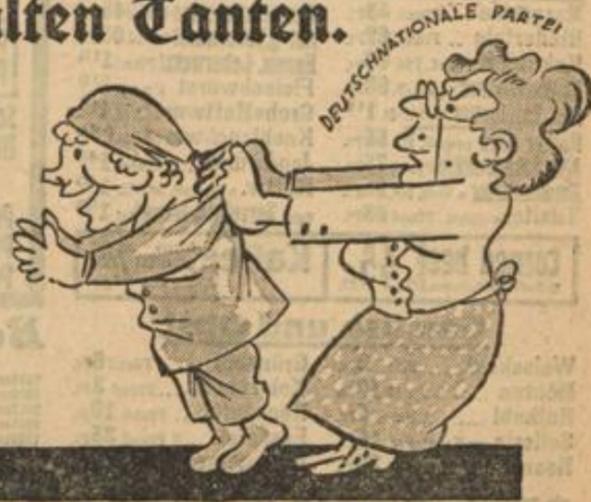
Aber was will eigentlich Marcellin? Er kann marschieren, er kann Werdungen machen, er vermag den Stechschritt mit solchem Schneid auszuführen, daß der Boden dröhnt, der Sand förmlich aufsteigt und Korporal Bellow ihn dann nur einen krummen Hund nennt. Und wenn Marcellin die Griffe an der Flinte vornimmt, reißt er sich zwar manchmal die Hände an Bügel oder Pflanne blutig, aber das Essen fährt mit solcher Verbissenheit frachend an die Schulter, daß Herr Leutnant von Trotha, der stets so mäde dreinblickt, Marcellin interessiert mustert und sich äußert: „Aber, Korporal, einer Seiner Rechte will die Flinte Seiner Majestät fortschießen. Einen Fußtritt, Korporal, diesem Hundsoß!“

Was will es bei solchen militärischen Meriten heißen, wenn Marcellin beim Schießen im Glüde sich recht malhonnet aufführt, sei es, daß er den eisernen Ladestock nicht rechtzeitig aus dem Kohr-

Weg mit den alten Tanten.



Jean und Michel, hört man sagen, Wolken endlich sich vertragen,



Aber wie die alten Frauen Dieses schauen, paßt sie Grauen,

Und sie legen sich ins Mittel, Zerren feisend sie am Kittel.



Ruß, — die Knaben haben sich! Auf den Rücken fürchterlich



Fallen hin die Weiber schmählich, Doch die Jungens lachen fröhlich!

herausreißt, sei es, daß er beim Abfeuern immer ängstlich das Gesicht verzieht. Herr Leutnant von Trotha meint dann leise und verbissen, daß ein solcher Kujon wie Marcellin auf den Schindanger geworfen werden müßte, und Korporal Bellow hat ein wutgerissenes Gesicht und speit nur so die Insurien. Einmal gar, als Herr Kapitän von Krogt auf den Ager geritten kam, ließ der froststarke Marcellin beim Präsentiergriff die Flinte fallen. Der Herr Kapitän wollte in der ersten Wut Marcellin niederreiten, aber dann sagte er nur klar und schneidend: „Herr Leutnant von Trotha! Die Lotterburschen Ihres Juges gehören auf den Sandhaufen!“

Worauf Herr von Trotha Marcellin mit seiner Stimme schreckliche Dinge prophezeite, worauf Bellow mit seiner Gerte und seinen Ordern dafür sorgte, daß diese schrecklichen Dinge in Erfüllung gingen.

Aber was will Marcellin? Die Wochen vergingen und mit ihnen die blauen Flecke und Schwielen. Eines Tages zog Marcellin proper und adrett mit anderen Rekruten in die Garnisonkirche zur Vereidigung. Alles war so feierlich, und als die Gemeinde sang: „O Gott für mich, so trete nur alles gegen mich...“, da dachte Marcellin nicht mehr an die Fußtritte und Hiebe der letzten Wochen. Und als der Herr Pastor über das Thema zu predigen anhub: „Selig sind die Sanftmütigen“, schaute Jarfang auf Korporal Bellow, aber der stand stramm, kriegerisch umgürtet da und schief mit offenem Munde, als lachte er heimlich und lautlos.

Dann stand Marcellin mit anderen Rekruten aus Polen, Sachsen, Oesterreich und Frankreich vor der Fahne, um den Treueid auf den Preußenkönig zu schwören. Leutnant von Trotha, silberbordiert, dreispitz und Schärpe, hielt, leicht gelangweilt wie stets, das Feldzeichen in seinem weißledernen Stulpenhandschuh, um ihn eine Eskorte von Sergeanten und Grenadieren mit aufgezopftem Bajonett. Dahinter Kapitän von Krogt mit seiner professionell ungebalancierten Miene und einem Ordensstern auf der Brust, ferner zwei Leutnants, die sich über die zeremonielle Haltung ihres Kameraden Trotha insgeheim zu mokieren schienen.

Dann sprach Kapitän von Krogt laut, gelassen und etwas unwillig die Eidesformel vor, und die Rekruten aus Polen, Frankreich, Sachsen und Oesterreich beteuerten bei Gott, daß sie für den König von Preußen zu sterben bereit seien. Und Herr Leutnant von Trotha schritt dazu eine sehr süßlante Miene, als bedauerte er es, mit was für einem Gesindel sich sein königlicher Herr abgeben mußte.

Am Abend gab es für jeden der vereidigten Rekruten drei Maß Braunbier. Stockprügel nach Bellow's Belieben erst am nächsten Morgen beim Uezgerieren.

Erziehung der Knaben zur Hauswirtschaft

Von Anna Hamburger-Ludwig.

Zehn Jahre die Weltpolitik in den Händen bedeutender Frauen — und wir hätten Weltfrieden; zehn Jahre die Hauswirtschaft in den Händen vernünftiger Männer — und wir hätten hauswirtschaftlichen Frieden.

Da die Politik aber die „Kunst des Möglichen“ ist, versuchen wir es zunächst mit dem zweiten Vorschlag.

An der Zeit ist es ja. Die bestehenden Zustände in den Haushaltungen des Mittelstandes sind unhaltbar durch die vier Jahre Belastung der Frau. Die Frauen selbst aber sind von der Notwendigkeit der Zentralisierung des Kochens nicht zu überzeugen (und nun gar die „Hausherrn“!). Sie wollen nicht von der Seligkeit lassen, innerhalb eines Hauses täglich in 20 verschiedenen Küchen, 20 verschiedenen Töpfen täglich um 12 Uhr 20mal dieselben Erbsen, dieselben Kartoffeln, denselben Kohl zu kochen, 20mal einzuholen, 20mal zu heizen, 20mal zu puzen. Die „Gemütlichkeit“ könnte verloren gehen, wenn das einmal und sinnreich gemacht und in die eigene Wohnung geholt würde! Es soll also durchaus bei Einzelhaushaltungen bleiben, Hilfskräfte können aber nicht gehalten werden.

Bis hinauf zu unserer Generation führte der intellektuelle Mittelstand den Dualismus — um nicht zu sagen die Rareite — durch, bei dem Sohne der Kopf, bei der Tochter die Hand allein ausbilden zu lassen.

Der Junge freut sich aber, wie jeder Mensch, auch mal mit der Hand „was abzumachen, was fertig zu kriegen“. Ueber die Notwendigkeit braucht man wohl 1925 kein Wort mehr zu verlieren, denn auch die Frau, die wirklich ins Haus gehört, z. B. die Mutter, darf ja nicht mehr im Haus bleiben, wird ja ins Erwerbsleben hinausgestoßen, auch wenn sie es gar nicht will. Was herauskommt, wenn sie die berühmte Vermengung dreier Berufe unternimmt, sehen wir täglich: Chaos im Haus und in der Seele — bis zur Verzweiflung — Erschöpfung des blühendsten Körpers!

Die gute Jugend-Ehe ist schon jetzt nicht mehr auf diesen Atavismus: Mann-Kopf, Frau-Topf begründet. Wehe dem jungverheirateten Studenten, der nicht kochen kann! Die junge Frau, die ihren bürgerlichen Beruf bis zu einem bürgerlichen Abschluß (Examen!) bringen muß, kann das dazu notwendige Geld nicht für unerschwingliche Hausangelegenheiten, noch für verteilte Zeit verwenden. Beruf ausgeben? Das wäre das teuerste Vergnügen; der mittlere Nachkriegs-Haushalt kann nicht mehr vom Manne allein bestritten werden, wenn er nicht zur Geldverdienmaschine gestempelt werden soll. Die Frau aber ist im Hause ohnehin unvertretbar beim Kinde. Warum aber nicht in der Wirtschaft?

Die ewige Thraße vom Gegensatz der Kopf- und Handarbeiter wird am besten erwidert, wenn jeder Mensch beides ist. Nirgends ist das so evident, so leicht und sinnreich und nützlich durchzuführen, wie im Haushalt. Die Älteren wissen ja noch, wie in Deutschland, besonders bei den hohen Beamten, früher erzogen wurde und was dabei herauskam: Sohn Korporalstudent, Tochter Hauswirtschafterin, sprich: Dienstmädchen. Effekt ersprechend: Bruder Staatsanwalt, Schwester berufstätige „alte Jungfer“. Eine Amerikanerin ein Jahr lang als Pensionärin in einem solchen Haushalt und den Herren Räten und den Herren Söhnen wären die Augen ausgegangen!

Jedem: Erholung ist andere Arbeit. Gerade der ewig intellektuell qualifizierte Junge tut gern einmal etwas mit der Hand; er leßt gern mal seine guten Muskeln nützlich um. Ich habe selbst Jungens im Kochen unterrichtet; sie tun es gern und gut — warum auch nicht, da ja nach Ansicht aller Lehrer Wädels ebenso gut Rathe-matik und Latein lernen wie Jungens.

Der pädagogische Wert ist groß. Solange wir die „Produktions-schule“, die wir „Entschiebenen Schulreformer“ so eifrig erstreben, noch nicht haben, müssen wir in den Familien besonderen Wert auf alle nützlich-menschliche Mitarbeit aller Kinder, nicht nur der Mädchen, legen und nicht nur gutes Essen, saubere Wohnung, saubere Wäsche bei fröhlichem Tun kann dabei herauskommen, sondern ein tiefer Segen.

Das Jubiläum der Gabel. Reunhundert Jahre sind es her, daß die Gabel, die heute zu unseren unentbehrlichen Eßgeräten zählt, in Europa eingeführt wurde. Im Herbst des Jahres 993 vermählte sich ein Sohn des Dogen von Venedig, Pietro Orseolo, mit der Prinzessin Argilla, einer Schwester des oströmischen Kaisers. Während man in Venedig beim Essen noch die Finger gebrauchte, bediente Prinzessin Argilla sich einer Gabel und eines goldenen Löffels. Der Löffel war den Venezianern nichts Neues, die Gabel jedoch wohl. Die Damen von Venedig beeilten sich, dem Vorbild der Prinzessin zu folgen. Obwohl das Hantieren mit der Gabel zuerst sehr lästig war, wurde sie doch bald in den vornehmen Familien in Venedig allgemein eingeführt, auch als die Spötter das nützliche Instrument als unnützes Produkt für den venezianischen Geschmack darstellten. Es dauerte noch Jahrhunderte, bevor die Gabel in ganz Italien eingeführt war. Erst in der Renaissancezeit, ungefähr um 1580, kam die Gabel nach Florenz und sie fand alsbald Verbreitung in den anderen italienischen Städten. Wann sie in Deutschland zuerst gebraucht wurde, ist nicht bekannt. In Frankreich hörte man von ihr, als sie auf der Wiste von des Königs Silbergeschloß aufgeführt wurde, im Jahre 1379. Das Essen mit Gabeln wurde aber erst im Jahre 1550 allgemein. Im Jahre 1608 brachte der Reisende Corgate sie direkt von Venedig nach England. Hier kam sie jedoch auch erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts allgemein in Gebrauch. Heute bedient sich die ganze zivilisierte Welt der Gabel.

